



**MEHR  
GRÜN** FÜR  
HAGEN

*Kommunalwahlprogramm 2014 – 2020*

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**





# Inhaltsverzeichnis

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Kreisverband Hagen  
Goldbergstraße 17  
58095 Hagen  
Tel. 02331-333822  
E-Mail: kv@gruene-hagen.de

V.i.S.d.P.:  
Nicole Pfefferer  
Frank Steinwender

Stadtplan (Umschlag): ©tsew

[www.gruene-hagen.de](http://www.gruene-hagen.de)

Vorwort	1
1. BürgerInnenbeteiligung und Transparenz	2
2. Klima-, Umwelt- und Naturschutz	6
3. Nachhaltige Stadtentwicklung	13
4. Sozialpolitik – für ein gutes Zusammenleben	16
5. Vielfalt leben	24
6. Mehr ganzheitliche Pädagogik: Bildung, Erziehung und Betreuung sind eins	28
7. Mehr Bewegung: Sport in Hagen	34
8. Kultur – für ein buntes Leben in unserer Stadt	37
9. Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus	39
10. Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung	44
11. Dauerkrise der Kommunalfinanzen	47

## **Liebe Hagenerinnen und Hagener,**

unser GRÜNES Programm zu dieser Kommunalwahl ist die Quintessenz aus unserer bisherigen GRÜNEN Arbeit, konkreten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie aus GRÜNEN Ideen und Konzepten für die Zukunft. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung und eine positive Gestaltung des demografischen Wandels standen und stehen für uns im Mittelpunkt.

Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage der Stadt sind die Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Trotzdem dürfen wir in Hagen nicht nur noch den Mangel verwalten. In dieser Situation ist eine langfristige Planung erforderlich, um für Hagen eine Perspektive zu entwickeln. Wir GRÜNEN werden daher in den nächsten Jahren für einen neuen Strategieprozess werben, um die Zukunft in Hagen wieder in die Hand der Hagener BürgerInnen zu legen. Wir werden Diskussionen mit allen einleiten und fördern, die sich daran beteiligen wollen, den Weg aus der Krise hin zu einer gestaltenden und lebenswerten Stadt zu gehen. Einen ersten Aufschlag haben wir mit der Aufstellung eines parteilosen Oberbürgermeisterkandidaten gemacht. Erik O. Schulz steht mit seiner parteilichen Unabhängigkeit und seiner Fachkompetenz für einen neuen Politikansatz in Hagen.

Wir wollen eine offene und sachorientierte Gesprächskultur als Chance, Zukunftsvisionen zu entwickeln, Ziele festzulegen und diese in größtmöglicher Transparenz umzusetzen. Dass wir dabei nicht unabhängig von der Landes- und Bundespolitik agieren können, ist klar. So werden wir Hagener GRÜNEN weiter dafür kämpfen, insbesondere die Finanzsituation der Kommunen zu verbessern. Wir laden alle Hagenerinnen und Hagener ein, sich zu beteiligen und unser Angebot anzunehmen, um gemeinsam unserer Stadt eine neue Perspektive und neues Selbstbewusstsein zu geben. Hierbei können wir zurecht auf die vielen herausragenden Eigenschaften unserer Stadt bauen. In Kultur, Wirtschaft, Bildung oder Sport hat Hagen in der Vergangenheit Großartiges geschaffen. Daran müssen wir anknüpfen und neue Impulse setzen. Nur mit starken GRÜNEN im Rat wird dieser Politikansatz erfolgreich gelebt werden.

**Unterstützen sie am 25. Mai das GRÜNE Team mit Ihrer Stimme. Oder mischen Sie sich selbst bei uns ein. Wir leben Transparenz und propagieren sie nicht nur.**



## Die Hagener GRÜNEN wollen:

- mehr BürgerInnenbeteiligung – besonders in der Stadtplanung. Deswegen ist für uns Bedingung, dass auch die Termine der üblichen Bürgeranhörungen im Bauleitplanverfahren wieder in der Presse bekannt gegeben werden – wie es vor den Kürzungsbeschlüssen üblich war.
- Stadtteilkonferenzen oder aktive BürgerInnengruppen werden frühzeitig einbezogen, bevor Entscheidungen vor Ort anstehen.
- Kinder und Jugendliche erhalten frühzeitig Beteiligungsmöglichkeiten und erlernen eine Kultur des aktiven Mitbestimmens und Gestaltens.
- mehr innovative Instrumente der BürgerInnenbeteiligung, zum Beispiel Gestaltungsworkshops und Planungszellen, um neue Ideen in die Stadtentwicklung zu tragen.

Transparenz  
= Durchblick  
für alle!

## BürgerInnenbeteiligung und Transparenz von Anfang an

Viele Bürgerinnen und Bürger kommen erst mit der Hagener Politik in Berührung, wenn plötzlich in ihrer Straße Bäume gefällt werden, wenn die Gebühren für die Müllabfuhr mal wieder steigen, oder wenn im Kindergarten Personal eingespart werden soll.

Dann kommen Fragen auf: Wer hat das entschieden und warum? Beschwerd sich der oder die Betroffene dann bei der Verwaltung, heißt es meistens: Das hat der Rat beschlossen. Befragt er oder sie dann Ratsmitglieder, werden die Antworten komplizierter: Mal wird mit Sparswängen argumentiert, mal mit dem Verweis auf rechtliche Verpflichtungen oder frühere Verfahrensschritte. Selten übernimmt jemand eindeutig die Verantwortung und sagt: Das haben wir aus diesem oder jenem Grund so entschieden!

Fast immer aber ist der Zeitpunkt, an dem Betroffene sich ins Verfahren hätten einbringen können, lange vorbei. Das hat oft damit zu tun, dass sich kaum jemand mit den komplizierten Verfahrensschritten einer Verwaltung auskennt. Zumal die es einem auch nicht einfach macht: Meist bekommt man gesagt, ein bestimmtes Vorhaben habe ja als Beschlusstext öffentlich ausgegangen – irgendwo an einer Pinnwand im Bürgeramt. Oder es steht in kleingedruckten Verlautbarungen im Anzeigenteil

der Lokalzeitungen, in welchem Büro man sich zu den begrenzten Geschäftszeiten für einen kurzen Zeitraum zum Beispiel Bebauungspläne ansehen kann. Selbst die regelmäßige Veröffentlichung von Terminen für die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung im Bebauungsplanverfahren wurde als Kürzungsmaßnahme von der Ratsmehrheit abgeschafft – gegen die Stimmen der GRÜNEN.

Kritisch sind wir beim Instrument des „Bürgerhaushaltes“: In Zeiten knapper Kassen wird in vielen Kommunen die Bevölkerung nur dann gefragt, wenn es gilt, Einschnitte und Kürzungen einzuleiten, die die Politik selber nicht verantworten möchte. Der angebliche Bürgerwille als Legitimation für den Rotstift – das ist für uns nicht der richtige Weg.

## **Mehr Öffentlichkeit im Rat**

Viele Entscheidungen des Rates fallen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist meist kein böser Wille; hier wird nicht bewusst verschleiert, sondern es sind – meist finanzielle oder personalwirtschaftliche – Interessen Dritter berührt. Und da sagt das Gesetz sehr eindeutig, dass die gar nicht öffentlich behandelt werden dürfen.

In Hagen wurde dies allerdings oft sehr eng ausgelegt. Hier haben die GRÜNEN Erfolge erstritten: In einer Transparenz-offensive konnten wir 2012 erreichen, dass die Geschäftsordnung des Rates geändert wurde, um die Nichtöffentlichkeit von

Beratungspunkten zu beschränken. In Zukunft muss immer begründet sein, warum Themen nichtöffentlich behandelt werden. Was nicht rechtlich zwingend unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten ist, gehört in die öffentliche Sitzung! Bisher gültige Regelungen, die diese Zuordnung ins Ermessen des Oberbürgermeisters stellten, haben wir abgeschafft.

Der Ablauf der Ratssitzungen ist transparenter geworden: Auf unseren Antrag hin werden die Beschlussvorschläge für die Öffentlichkeit sichtbar an die Wand projiziert. Die Ergebnisse von Ratsabstimmungen werden nun nach Parteien getrennt protokolliert, so dass sich alle BürgerInnen ein Bild machen können, wie sich ihre gewählten VertreterInnen zu welcher Frage verhalten haben. Und die angestrebte Barrierefreiheit von Sitzungsräumen ermöglicht auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen, an Gremiensitzungen mitzuwirken. In der kommenden Wahlperiode kommt es darauf an, die neuen Regeln zu üben und einzufordern. Wir bleiben dran!

## **Transparenz auch bei privatwirtschaftlichen Stadt-Töchtern**

Auch wenn es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger geht, wird allzu oft die Öffentlichkeit außen vor gelassen. Die Verlagerung von ehemals öffentlichen Aufgaben in private Unternehmen – die dann aber mehrheitlich oder komplett doch wieder der Stadt gehören – sorgt dafür, dass zum Beispiel für die Höhe und das Zustandekommen von Gebühren nichtöffentlich

tagende Aufsichts- und Verwaltungsräte zuständig sind. Alles streng nach Recht und Gesetz, aber die Bevölkerung verliert den Überblick und meist auch das Interesse.

Dadurch entziehen sich diese Strukturen der öffentlichen Kontrolle. Selbstbedienung, Vorteilsnahme und schlimmstenfalls Korruption können nur in diesem Klima gedeihen. Allerdings hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verbessert: Zum Beispiel wurden die Vorstandspositionen bei so wichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen wie der HVG und der ENERVIE/Mark-E in sauberen Auswahlverfahren an befähigte Bewerber vergeben. Das alte System der schwarzen Pöstchenschieberei ist in Hagen auch dank unserer beständigen Kritik auf dem Rückzug. Trotzdem bleibt es wichtig, dass hier auch weiterhin Politikerinnen und Politiker eine wirkungsvolle Kontrolle ausüben, die unverdächtig sind, sich an Mauerscheleien und Postengeschacher zu beteiligen.

Die Hagener GRÜNEN hatten in der letzten Ratsperiode erstmals Sitz und Stimme in allen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften; bei der Hagener Straßenbahn AG stellten wir sogar den Vorsitzenden. Diese Aufsichtsratsmitgliedschaften bieten die Gewähr, dass die demokratisch gewählten Vertreter der Bürgerschaft auch dort Aufsichts- und Kontrollrechte wahrnehmen, wo die Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht mehr unmittelbar durch die Stadtverwaltung wahrgenommen wird. Wir wollen, dass auch hinter diesen verschlossenen Türen integrale PolitikerInnen die bürgerschaftliche Kontrolle ausüben. Die

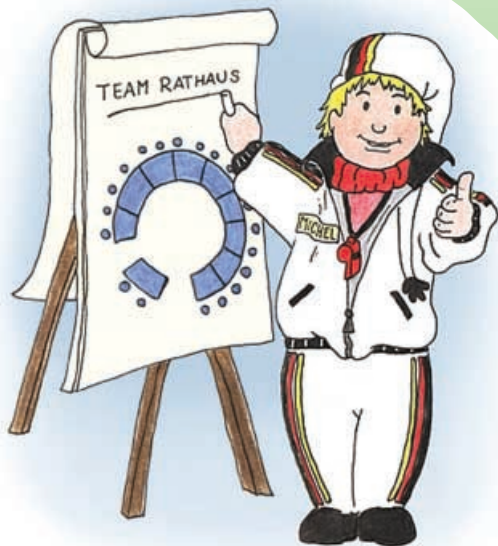
## Mehr direkte Demokratie

Wer in seiner Stadt wirklich mitbestimmen will und dafür nicht in Parteien und Ratsgremien mitarbeiten möchte, hat auch die Instrumente der direkten Demokratie zur Verfügung:

- Das **Bürgerbegehren**, mit dem der Rat gezwungen werden kann, eine bestimmte Sachfrage nochmals aufzugreifen, um seine getroffene Entscheidung vielleicht zu ändern.
- Den **Bürgerentscheid**, der nach dem Scheitern eines Bürgerbegehrens dafür sorgen kann, dass ein Ratsbeschluss aufgehoben wird. Leider sind die Hürden sehr, sehr hoch: Das Anliegen des Bürgerentscheides muss von mindestens 20% der Wahlberechtigten in Hagen unterstützt werden, damit er überhaupt gültig ist. Wenn man weiß, wie erschreckend niedrig schon die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen häufig ausfällt, wird klar, wie schwer es für eine ehrenamtlich arbeitende Initiative ist, auch nur die erforderlichen 20% zu einer einzelnen Sachentscheidung an die Urnen zu bekommen. Problematisch ist außerdem, dass Bürgerbegehren und -entscheidungen sich in NRW nicht mit dem städtischen Haushalt und Entscheidungen aus dem Bau- und Planungsbereich befassen dürfen.
- Neuerdings sieht die Gemeindeordnung auch den „**Rats-Bürgerentscheid**“ vor. Mit diesem neuen Verfahren kann der Rat selber in wesentlichen Fragen eine Entscheidung durch die Bevölkerung veranlassen. Die Beteiligungshürden und die thematischen Einschränkungen gelten aber hier genauso. Dieses Instrument ist also kein Königsweg, mit dem sich regelmäßig in wichtigen Fragen die Meinung der Bürgerschaft abfragen lässt.



- Die Hagerer GRÜNEN setzen sich bei der Landesregierung dafür ein, dass es klare Durchführungsbestimmungen und eine niedrigere Beteiligungsschwelle für Bürgerentscheide gibt, um in Zukunft mehr direkte Demokratie möglich zu machen.
- Die Hagerer GRÜNEN kämpfen dafür, dass auch in Kommunen unter Nothaushaltsrecht – wie Hagen – weiterhin Bürgerbeteiligung durch direkt-demokratische Verfahren möglich ist.
- Die Hagerer GRÜNEN treten dafür ein, dass die thematischen Beschränkungen, die das Landesrecht für Bürgerbegehren und -entscheide vorsieht, abgeschafft werden. In anderen Bundesländern gibt es weder den Ausschluss von Bau- und Planungsthemen noch den Zwang zu einem verpflichtenden Gegenfinanzierungsvorschlag.



Hagerer GRÜNEN sind unabhängig und haben einen wachen Blick auf die Verwendung öffentlicher Gelder, die der Bürgerschaft gehören. Das soll auch so bleiben.

## Zur Transparenz gehört auch Kontrolle

Auch in Arbeitsfeldern, die per Gesetz nichtöffentlich zu behandeln sind, waren und sind wir wachsam: So trägt zum Beispiel die kommende Organisationsrichtlinie für die städtischen Beteiligungsunternehmen und der dazu gehörige Verhaltenskodex für die Vorstände, Geschäftsführungen und Aufsichtsräte eine starke grüne Handschrift. Bei Redaktionsschluss dieses Wahlprogramms war diese neue, für alle städtischen Unternehmen verbindliche Richtlinie noch in der Beratung – vor allem, weil die GRÜNE Fraktion sich für eine deutlich restriktivere Dienstwagen-Regelung einsetzt als andere Fraktionen.

Seit endlich obergerichtliche Urteile gegen die Banken vorliegen, die Kommunen und Kommunalunternehmen mit betrügerischen Derivatgeschäften geködert haben, fordern die Hagerer GRÜNEN regelmäßig, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um auch nach Jahren die Swap-Geschäfte aus der vorletzten Wahlperiode wieder rückabzuwickeln. Der beschämende Vergleich mit der Deutschen Bank, die sich auf Kosten der Hagerer Bevölkerung bereichert hat, könnte noch angefochten werden. Dafür werden wir uns auch in der kommenden Ratsperiode einsetzen.

## Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Klima-, Umwelt- und Naturschutz beginnt vor unserer Haustür. Auch wenn Klimawandel und Umweltverschmutzung globale Phänomene sind, kann jedeR vor Ort viel zum Schutz unserer Lebensgrundlagen beitragen. Wir GRÜNEN stehen seit jeher für eine nachhaltige Politik, die das Zusammenleben von Mensch und Natur in Einklang bringt.

Der Klimareport der Vereinten Nationen von 2007 hat den menschengemachten Klimawandel als wissenschaftlich unbestreitbar dargelegt. Die Münchener Rück, die die großen Versicherungsgesellschaften

versichert, belegt dies mit beeindruckenden Diagrammen zu den wachsenden Kosten, die durch Naturkatastrophen verursacht werden. Die Reduzierung der Klimagas-Emissionen liegt im Verantwortungsbereich eines jeden Einzelnen sowie der Städte und Gemeinden. Nachhaltige Investitionen in Klima und Umwelt sparen langfristig auch Geld.



Die GRÜNE Fraktion hat 2011 erneut im Rat einen umfangreichen Antrag zur Energiewende in Hagen vorgelegt. Ziel war, eine mindestens 30%ige Reduktion der von Hagen zu verantwortenden Klimagas zu erreichen. Das Konzept sollte von der Verwaltung nach und nach erarbeitet und umgesetzt werden. Passiert ist bisher wenig. Zwar sind die CO<sup>2</sup>-Gesamtemissionen in Hagen seit 1990 um 18,1% zurückgegangen, dies ist aber im Wesentlichen dem Bevölkerungsschwund zuzuschreiben. Der Pro-Kopf-Ausstoß sank in diesem Zeitraum nur um 6,2%. Insbesondere im Verkehrs- und im Haushaltsbereich müssen noch größere Anstrengungen unternommen werden.

- Ein GRÜNER Erfolg ist die von uns schon in den 90er Jahren geforderte Turbine zur zusätzlichen Stromerzeugung an der Müllverbrennungsanlage. Damit können jährlich 60.000 t CO<sup>2</sup> eingespart werden.

- In der abgelaufenen Ratsperiode hat die GRÜNE Ratsfraktion aktiv an der Gestaltung der im Jahr 2013 neu abgeschlossenen Konzessionsverträge mitgewirkt. Wesentliche ökologische Kriterien einer zukunftsweisenden Energiepolitik konnten dadurch in der Vereinbarung mit der Enervie vertraglich verankert werden. Erstmals wurde sichergestellt, dass Baumaßnahmen der Stadt und der Enervie zur Minimierung von Kosten und Beeinträchtigungen der Bürger künftig besser koordiniert und abgestimmt werden. Ebenso wurden umfangreiche Beratungsangebote für Bürger vereinbart, die energetische Sanierungsmaßnahmen bzw. den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen planen.





Die GRÜNEN werden sich in der nächsten Ratsperiode für weitere Möglichkeiten zur Minderung der CO<sup>2</sup>-Emissionen einsetzen:

- Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Heizen mit Holz, Solaranlagen auf kommunalen Dachflächen, weiterer Ausbau der Windenergie)
- Energiesparen (Umrüsten auf energiesparende Geräte, Wärmedämmung und Heizungserneuerung im Altbaubestand, Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs)
- bessere Ausnutzung von Öl, Gas und anderen Brennstoffen (z.B. Nutzung von Wärme und Strom bei der Müllverbrennung)

Die Stadt Hagen soll die eigenen Anstrengungen für den Klimaschutz verstärken. Wir fordern daher, dass:

- das Energiemanagement in der Stadt verstärkt wahrgenommen und vom Oberbürgermeister zentral gesteuert und unterstützt wird,
- das Klimaschutzprogramm der Mark-E zusammen mit der Stadt mehr Förderung in den Bereich Altbausanierung steckt.
- die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden wieder forciert wird (z.B. durch Contracting).
- bei der Ausweisung neuer Baugebiete die Kraft-Wärme-Kopplung und andere zukunftsfähige Energiekonzepte vorrangig geprüft werden.
- dass bei Bauprojekten die klimaoptimale Bebauung Priorität hat.
- sich die Stadt aktiv an Projekten zum Klimaschutz beteiligt. Dazu muss die Sicherung des Eigenanteils der Stadt z.B. durch den kommunalen Energieversorger gewährleistet werden.
- Enervie als kommunaler Energieversorger und wichtiger Arbeitgeber in der Region dauerhaft in kommunalem Besitz verbleibt.
- bei der Stelle eines Klimamanagers / einer Klimamanagerin über die Förderperiode von drei Jahren hinaus erfolgsabhängig geprüft wird, ob die Stelle weiter besetzt werden soll.



## Energiewende vor Ort

Der Bereich Energieerzeugung und -nutzung trägt mit seinem Festhalten an fossilen Brennstoffen bis heute erheblich zu Luftverschmutzung, Klimaänderungen und Ressourcenverbrauch bei. Durch die Fehlsteuerung des Emissionshandels werden zudem energieeffizientere und umweltfreundlichere Gaskraftwerke (z.B. Herdecke) unwirtschaftlich.

Das Verbrennen von Erdöl vernichtet zudem wertvolle Rohstoffe, obwohl die knappen Bestände für Produkte wie Arzneimittel und Kunststoffe gebraucht werden. Kostensteigerungen durch knapper werdendes Öl sind absehbar.

Nur erneuerbare Energien in dezentraler Erzeugung bieten einen nachhaltigen Ausweg. Die Energiewende von unten wird auch in Hagen in den nächsten Jahren weitere positive Erfolge zeigen. Der Ausbau erneuerbarer Energien z. B. durch den Bau von Solaranlagen auf Dächern öffentlicher und privater Ge-

bäude sowie die bessere Ausnutzung von Wind und Wasserkraft ist deshalb eines unserer wichtigsten politischen Ziele in Hagen. Deshalb fördern und unterstützen wir insbesondere die Ziele von Bürgerenergiegenossenschaften, die mit dem Bau und Betrieb solcher Anlagen einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende leisten.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass

- Windkraftnutzung auch auf Kyrillflächen unter strengen Auflagen für den Naturschutz möglich ist,
- bestehende Windkraftanlagen optimiert werden,
- die Potentiale für Klein-Windkraftanlagen überprüft werden,
- ein weiterer Ausbau der Nutzung von Solaranlagen erfolgt.

## Naturschutz ist Menschenschutz

### Wald

Der Hager Stadtwald umfasst 42% der Stadtfläche und hat viele Funktionen: Er dient der Naherholung und der Holzgewinnung. Durch seine Fähigkeit, CO<sup>2</sup> zu binden, ist er auch für das Stadtklima bedeutsam.

Die städtischen Waldflächen fallen seit drei Jahren in den Aufgabenbereich des Wirtschaftsbetriebes Hagen. Wir begrüßen, dass die Bewirtschaftung unter nachhaltigen Kriterien erfolgt, werden aber weiterhin darauf achten, dass wirtschaftliche Interessen nicht vor Belange des Naturschutzes gestellt werden.

Eine Freizeitnutzung des Waldes darf nur naturnah erfolgen. Pflanzen- und Tierwelt sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Pläne für eine intensivere Freizeitnutzung mit weiterer Erschließung des Waldes und Beleuchtung der Türme werden von uns daher kritisch begleitet. Auch Bauplanungen gefährden immer wieder innerstädtische Waldgebiete. Wir kämpfen um den Erhalt der natürlichen Flächen, wie z.B. in Fley, wo die Wohnbebauung immer näher an die Waldflächen heranwächst und Bäume Häusern weichen müssen.

### Baumschutz

Gegen unseren Widerstand wurde die Baumschutzsatzung von CDU, SPD und Bürgern für Hagen abgeschafft. Als Folge dessen müssen weder Stadt noch private Grundstückseigentümer schützenswerte Bäume erhalten bzw. für gefällte Bäume Ersatz leisten, wie zuvor in Form von Nachpflanzungen oder einer Geldzahlung. Gemeinsame Versuche von Teilen der Politik und engagierten BürgerInnen, die Satzung wieder einzuführen, sind bislang gescheitert.

Dadurch gibt es einen fortschreitenden Verlust von Stadtbäumen, da das Geld für Nachpflanzungen fehlt, wenn nicht im Einzelfall die Bezirksvertretungen finanziell einspringen. Dadurch verschlechtern sich das Stadtklima und die Lebensqualität in Hagen. Die GRÜNEN fordern:

- die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- mehr Bäume im Innenstadtbereich

## Biologische Vielfalt, Kleingartenvereine und BürgerInnengärten

2010 ist Hagen dem Städtebündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beigetreten. Damit muss bei allen Planungen der Erhalt von Lebensräumen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten berücksichtigt werden.

Die GRÜNEN fordern:

- Naturnahe Bewirtschaftung der kommunalen Wälder
- Renaturierung von Fließgewässern
- Einrichtung ausreichender Gewässerrandstreifen
- Begrenzung des Siedlungswachstums im Flächennutzungsplan
- Vernetzung naturnaher Flächen im Siedlungsraum
- Naturnahe Pflege öffentlicher Grünflächen
- Anpflanzung von heimischen, insektenfreundlichen Arten statt einjährigen Gartenmarktpflanzen auf Verkehrsinseln und Lärmschutzwällen
- Wildblumenwiesen statt ökologisch wertlosem Rasen
- Die Stadt nimmt ihre Vorbildfunktion wahr und regt private Hausbesitzer zu naturnaher Bewirtschaftung ihrer Gärten an. Sie vernetzt sich mit Naturschutzverbänden und Kleingartenvereinen.

Kleingartenvereine sind von hohem sozialem und ökologischem Wert für Hagen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, neue Formen des Gärtnerns zu entwickeln und zu unterstützen.

- So sollen gewerbliche Brachflächen, für die keine nachhaltige Nutzung gefunden werden kann, in ökologisch wertvolle Grünflächen umgewandelt werden.
- Kommunale Gärten, die auf Zeit von Bürgerinnen und Bürgern bewirtschaftet und gepflegt werden, sind eine ökologische und sozial hochwertige Alternative zu immer größer konzipiertem Einzelhandel oder dem Verfall preisgegebenen Brachflächen.



Foto: [www.tag-der-offenen-hinterhoeefe.de](http://www.tag-der-offenen-hinterhoeefe.de)

## Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Flächen in Hagen sind durch die ungebremste Bauwut so weit reduziert worden, dass die Landwirte immer größere Strecken zu ihren weit auseinanderliegenden Flächen zurücklegen müssen. Als einzige politische Partei haben sich die GRÜNEN konsequent gegen diese Entwicklung gestellt. Nachdem u. a. Sudfeld, Herbeck, Hammacher und Haßleyer Insel bebaut worden sind, gibt es im Hagener Norden nur noch einen Vollerwerbslandwirt, dessen Flächen die bisherigen Mehrheiten im Rat schon für das nächste Gewerbegebiet vorgesehen haben. Bei dieser extensiven Flächenpolitik mit hohen Preisen für Bauland hat die ökologische Landwirtschaft erst recht keine Chance.

- Die verbliebenen landwirtschaftlichen Nutzflächen müssen erhalten bleiben. In Zeiten sinkender Bevölkerung müssen sie nicht für weitere Bebauung herhalten.
- Die Nahrungsmittelproduktion vor Ort darf nicht aufgegeben werden.
- Wo Landwirtschaft alleine nicht rentabel ist, sollten die Landwirte verstärkt mit der Landschaftspflege beauftragt werden.
- Regionale Produkte, der Erhalt der Landschaft für die Erholung und landschaftspflegerische Maßnahmen durch die Landwirte sind ein Gewinn für Hagen.
- Wir streben die Ausweitung und Förderung der ökologischen Land- und Forstwirtschaft an.

### Naturschutzgebiete

Zusammen mit einer tatkräftigen Bürgerinitiative und mit Hilfe der Naturschutzverbände haben die GRÜNEN in der letzten Ratsperiode den Kampf gegen die Steinbrucherweiterung Donnerkuhle gewonnen. Das Naturschutzgebiet Haßleyer Wald (Flora-Fauna-Habitat-Gebiet) konnte erhalten werden. Ein seltener Sieg für Natur und Freizeit! Die genehmigte weitere Abgrabung in die Tiefe findet wegen der Gefahr für das Grundwasser unter einem strengen Monitoring statt. Weitere schwierige Konflikte um den Schutz der Landschaft werden wir kritisch begleiten: Bei der Errichtung von Stromleitungen, der Erweiterung des Umspannwerkes und beim Zukunftsprojekt Cargo-beamer.

### Gewässer- und Grundwasserschutz

Ein GRÜNES Kernthema bleibt der Umgang mit dem Wasser. Daher fordern die Hagener GRÜNEN:

- Große Teile der Gewässer in Hagen fließen unterirdisch in Röhren. Wir wollen diese Gewässer offenlegen und renaturieren, um Lebensraum für eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten.
- Auf intensives Drängen von Initiativen und Hagener GRÜNEN ist es gelungen, die Hasper Talsperre wieder für die Trinkwassergewinnung ans Netz zu bringen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass in Hagen die maximal mögliche Wassermenge aus dem Zufluss der Talsperren tatsächlich als Trinkwasser verwendet wird.
- Wir wollen diese Daseinsvorsorge dauerhaft in kommunaler Hand wissen und damit den vorrangigen Nutzen des kostengünstigen und sauberen Talsperrenwassers für den Hagener Bürger.
- Zeitnah wollen wir höchste Standards bei der Trinkwasseraufbereitung etablieren.
- Die Netze müssen im Zuge des demografischen Wandels bedarfsgerecht angepasst werden.
- Um die Wasserqualität dauerhaft zu sichern, setzen sich die Hagener GRÜNEN auch zukünftig für Bodenschutz und die Reinhaltung von Grund- und Oberflächenwasser ein. So sind die Hagener GRÜNEN bundesweit Vorreiter beim Kampf gegen die Fracking-Technologie, bei der große Mengen eines Wasser-Chemikalien-Gemisches tief in das Erdreich verpresst werden, um Erdöl oder Erdgas aus den Poren des Gesteins heraus zu sprengen. Die GRÜNEN werden mit Fachlichkeit und Nachdruck auch in den nächsten Jahren alles tun, damit weder auf Hagener Stadtgebiet noch anderswo diese Hochrisikotechnologie zum Einsatz kommt.



Zum Hochwasserschutz fordern wir:

- Bei allen Bebauungsplänen muss der Hochwasserschutz ausreichend, also jeweils den akuten Klimaveränderungen entsprechend, berücksichtigt werden.
- Wo Flussabschnitte in der Vergangenheit verlegt, verrohrt oder künstlich eingeeengt wurden, wollen wir die Renaturierung prüfen und möglichst umsetzen.
- Eine konsequente Öffnung der Volme und eine durchgängige Fuß- und Radwegführung am Fluss entlang – von der Althenhagener Brücke bis ins Eilper Zentrum.



## **Luftreinhaltung**

Seit Jahren ist Hagen auf der Negativ-Liste der deutschen Städte mit schadstoffbelasteter Luft in der Spitzengruppe. Die Luftbelastung mit Feinstaub und vor allem Stickoxiden überschreitet insbesondere in der Innenstadt rechtlich vorgegebene Belastungsgrenzen weit. Die Gesundheitsgefahren, besonders für Kinder und geschwächte Personen, sind erheblich. Gerade bei Schwüle und anhaltenden Hitzeperioden kommt es zu massiven Beschwerden. Die GRÜNE Fraktion fordert seit vielen Jahren Maßnahmen zur Entlastung der hot spots und des gesamten Innenstadtbereichs. Mit der Umweltzone und dem LKW-Routenkonzept incl. dynamischer Verkehrslenkung sind erste Schritte gemacht. Die Messergebnisse aus 2013 zeigen, dass diese Maßnahmen noch nicht reichen. Fast täglich werden gemäß LKW-Routenkonzept die Schilder auf Durchfahrtsverbot gestellt. Aber auch der normale motorisierte Verkehr trägt zur hohen Luftbelastung in Hagen bei. Hier wird ein wichtiges Element der Ausbau des Angebots der Hagener Straßenbahn sein.

Die GRÜNEN treten dafür ein, dass wirksame Maßnahmen für gesunde Atemluft in der Innenstadt und den Stadtteilzentren beschlossen und umgesetzt werden. Wir wollen:

- Eine vermehrte Kontrolle der Umweltzone und anderer temporaleschränkter Bereiche
- Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs
- mehr Grün in der Stadt
- Unterstützung der Nutzung von E-Bikes und Elektroautos



## Lichtverschmutzung

Lichtsmog hat auch bei uns in Hagen viele negative Folgen: Insekten, Vögel und andere Tiere werden durch zuviel Licht in Mitleidenschaft gezogen und auch auf die menschliche Gesundheit kann sich die taghelle und immer exzessivere Nachtbeleuchtung auswirken. Ein Großteil des Sternenhimmels ist für viele Menschen nicht mehr klar erkennbar.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, auf jede unnötige Beleuchtung zu verzichten. Dort, wo es für die Sicherheit nötig ist, wollen wir effiziente und energiesparende LED-Leuchtmittel einsetzen. Wir sind z.B. für den teilweisen Rückbau der „Lichtwerbetafeln“ und den konsequenten Verzicht auf die Anleuchtung von städtischen Gebäuden bei Nacht. Die GRÜNEN fordern:

- Es sollte nur dort beleuchtet werden, wo es nötig ist.
- Beleuchtung ist kein Instrument des Stadtmarketings.

## Lärm

Lärm stört nicht nur, er macht auch krank. Zahlreiche Studien belegen, dass Lärm bei Menschen Stress verursacht und schwerwiegende Herz- und Kreislauferkrankungen nach sich zieht. Die kürzlich durchgeführte Lärmkartierung hat deutlich aufgezeigt, dass die Hagener Bevölkerung einer extrem hohen Lärmbelastung ausgesetzt ist. Hauptverursacher ist hier der Straßenverkehr, insbesondere entlang oder in der Nähe der großen innerstädtischen Durchgangsstraßen, z. B. am Bergischen



Ring/Märkischen Ring/Graf-von-Galen-Ring. Die bisher durchgeführten aktiven und passiven Lärmschutzmaßnahmen verbessern die Situation nur punktuell. Ein Lärmaktionsplan, der diesen Namen verdient, darf sich nicht darauf beschränken, Lärm festzustellen und für unabwendbar zu erklären. Die von der EU vorgeschriebenen Lärmaktionspläne Stufe 2 ff. müssen umgehend aufgestellt und bei allen künftigen Planungen berücksichtigt werden. Nur eine effektive ganzstädtische Bau- und Verkehrsplanung kann wirkungsvolle Abhilfe schaffen. Ein Eckpfeiler muss hierbei ein besseres, erweitertes Angebot der Hagener Straßenbahn sein. Der Einstieg des ÖPNV in die Hybrid-Technologie dient auch dem Lärmschutz. Der Schutz vor dem Lärm aus Bahnanlagen liegt nicht in kommunaler Hand. Trotzdem muss die Stadt sich auch für den Schutz der von diesem Lärm Betroffenen einsetzen.

# Nachhaltige Stadtentwicklung

## Stadtentwicklung – Soziales – Wohnen

Diese wichtigen Politikfelder werden in den nächsten Jahren vom demografischen Wandel bestimmt sein: Sinkende Bevölkerungszahlen, ein wachsender Anteil von Seniorinnen und Senioren, das Zusammenleben mit Menschen mit ausländischen Wurzeln und die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Behinderten (Inklusion) erfordern ein neues Denken und bilden zentrale Herausforderungen für die Zukunft. Die chronische Finanznot der Stadt macht eine positive Stadtentwicklung nicht einfacher. Stadtentwicklung wird zunehmend Teil der kommunalen Sozialpolitik.

Deshalb treten Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass der Stadtentwicklungsausschuss und der Sozialausschuss enger zusammenarbeiten. Auch Senioren- und Behindertenbeirat sowie der Integrationsrat müssen mehr einbezogen werden.

### Stadtentwicklung

Vor dem Hintergrund sinkender Bevölkerungszahlen muss die exzessive Entwicklung der wenigen verbliebenen Freiflächen im Stadtgebiet unbedingt gestoppt werden. Die öffentliche und private Infrastruktur entspricht nicht mehr dem Bedarf einer zahlenmäßig schrumpfenden Bevölkerung und muss angepasst werden statt sich weiter auszudehnen. Stadtentwicklung und

Wohnungspolitik müssen sich auf die Innenstadt und die gewachsenen Stadtteile konzentrieren, um das Auseinanderdriften von Stadtteilen in wohlhabende und in Armutsquartiere zu verhindern.

### Wohnen

Hagen hat einen „entspannten Wohnungsmarkt“. Es gibt einen Leerstand von etwa sechs Prozent, im Vergleich zu anderen Städten ist das Mietniveau niedrig. Trotzdem besteht im Bereich Wohnen akuter Handlungsbedarf:

Denn die Wohnungspolitik muss an die künftigen Bedarfe angepasst werden. Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen, einer ständig steigenden Zahl älterer und armer älterer MitbürgerInnen, angesichts immer weniger Familien mit Kindern und mehr Singles muss der Wohnungsbestand angepasst werden. Dazu müssen das Wohnungsamt, die Wohnungsbaugesellschaften, aber auch die privaten Hausbesitzer abgestimmt reagieren. Zentrales Thema ist die Sicherung preiswerten Wohnraums. Die konsequente Modernisierung der vorhandenen Bestände hat allererste Priorität.

Die Wohnungsbestände müssen

- energetisch saniert und
- familiengerecht und barrierefrei umgebaut werden



## Wir GRÜNEN stehen zur HaGeWe

In Hagen haben wir zu Anfang dieses Jahrtausends nach einer harten Auseinandersetzung um die Hagener gemeinnützige Wohnungsgesellschaft (HaGeWe) das seinerzeit übliche Verschachern öffentlicher Wohnungsgesellschaften an rein renditeinteressierte Heuschrecken gerade noch verhindern können.

Die HaGeWe ist die einzige im wahrsten Sinn gemeinnützige Wohnungsgesellschaft in Hagen. Sämtliche Überschüsse kommen der Stadt und ihren Einwohnern zugute. Sie gehört allen Bürgerinnen und Bürgern und unterstützt unsere Stadt bereits seit bald 100 Jahren bei der Verwirklichung wesentlicher sozial- und wohnungspolitischer Ziele.

Mit ihren über 5.000 Wohneinheiten sorgt die HaGeWe demokratisch gesteuert und in der Satzung festgelegt dafür, dass auch Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen mit preiswertem Wohnraum versorgt werden. Die HaGeWe vermietet auch an Wohnungssuchende mit wirtschaftlichen Risiken und fördert aktiv die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, stellt Wohnungen für Nothfälle bereit und unterstützt problematische MieterInnen, statt sie herauszudrängen.

Die HaGeWe erfüllt ihren kommunalen Auftrag für Wohnungsversorgung und moderate Mieten. In unserer schrumpfenden Stadt hilft sie, durch die Revitalisierung sozialer Brennpunkte die soziale Balance zu wahren (z.B. Loxbaum). Durch sozial und ökologisch vertretbare Nachverdichtungen (z.B. Tondersiedlung) und die Berücksichtigung des Denkmalschutzes (z.B. ehemaliger Schulthof Emst) dient sie den kommunalen Bedürfnissen der Stadtentwicklung.

Wir wollen auch zukünftig mit unserer kommunalen Wohnungsgesellschaft günstiges Wohnen ermöglichen und die HaGeWe als strategischen Partner stärken. Ein Verkauf kommt für uns keinesfalls in Frage.



## Soziales

Eine wichtige Aufgabe von Politik ist es, für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu sorgen und Menschen Hilfestellung zu geben, um ihr Leben zu meistern. Dazu leistet Stadtentwicklung einen entscheidenden Beitrag. Quartierskonzepte können dafür sorgen, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge, der Nahversorgung und des sozialen Miteinanders für alle erreichbar werden. Bereits bestehende Einrichtungen und Angebote im Quartier müssen zusammengeführt werden. Ein Ziel sind Nachbarschaften mit Mehrgenerationen-Wohnen, die sich gegenseitig unterstützen.

## **Finanznot der Stadt**

Die Stadt wird auch in den nächsten Jahren strengsten Sparzwängen unterliegen. Kommunale Neubaumaßnahmen sind kaum noch zu rechtfertigen. Dies ist ein weiterer Grund, die Pflege und den Erhalt der kommunalen Infrastruktur in den Fokus zu rücken und Infrastruktur bedarfsgerecht rückzubauen.

## **Flächenverbrauch**

In den letzten 3 Jahrzehnten sind 11 km<sup>2</sup> oder mehr als 25% der landwirtschaftlich genutzten Flächen verbraucht worden. Dieser Trend muss dringend gestoppt werden. Eine Politik, die weiterhin auf den exzessiven Flächenverbrauch setzt, würde

- die finanziellen Belastung der geringer werdenden Bevölkerung erhöhen,
- die Finanznot der Stadt verschärfen und
- im Stadtbild zu weiteren unwiderruflichen Schäden führen.

## **Gewerbe und Einzelhandel**

Unser Hauptaugenmerk liegt auf den gewachsenen Gewerbegebieten vor allem entlang der Täler von Volme und Ennepe. Die Reaktivierung brachgefallener Flächen und die Sicherung/Aufwertung der Bestände steht im Mittelpunkt. Neue Wohn- und Gewerbegebiete im Außenbereich der Stadt müssen künftig vermieden, mindestens aber auf das absolute Minimum beschränkt werden. 23% der Einzelhandelsflächen stehen inzwischen leer. Und immer noch wird neuer und großflächiger Ein-

zelhandel geplant, der auch in Konkurrenz zum Gewerbe steht. Dabei schlagen die Einzelhandelsverbände inzwischen selbst vor, die Angebote im Einzelhandel dem gewandelten Bedarf anzupassen – bis hin zum Kiosk mit Bestellmöglichkeit, der aber fußläufig im Quartier zu erreichen ist.

## **Verkehr**

Der private Verkehr treibt die Bürger schon jetzt an gesundheitliche und psychische Belastungsgrenzen. Die gesetzlichen Grenzwerte für die Luftbelastung werden trotz Umweltzone und Verkehrsroutenkonzept regelmäßig überschritten.

Das jetzige ÖPNV-Angebot muss gesichert und nach Möglichkeit verbessert werden. Die Mobilität für alle kann nur durch den öffentlichen Personennahverkehr gesichert werden.

Aus diesen Gründen fordern die Hagener GRÜNEN

- die Sicherung und den Ausbau eines barrierefreien ÖPNV: keine weiteren Einschränkungen im Liniennetz der Hagener Straßenbahn, Rücknahme von Linienstreichungen, kurze Wege zu den Haltestellen, ausreichende Taktfrequenz, ausreichenden Wochenend- und Nachtverkehr
- Verknüpfung mit dem schienengebundenen Nahverkehr, attraktive und barrierefreie Reise- und Nahverkehrsmöglichkeiten im schienengebundenen Nahverkehr – in Hagen wie in Hohenlimburg!
- die rückwärtige Anbindung des Hauptbahnhofs mit der neuen Bahnhofshinterfahung ist unverzichtbar: Hinter dem

Bahnhof ist Platz für Car- und Bike-sharing sowie Reisebusse.

- vernetzte Mobilität: Die Generation Smartphone nutzt die intelligente Vernetzung von Verkehrsmitteln, den fliegenden Wechsel zwischen allen Mobilitätsarten: Fahrrad, Auto, Bus, Flugzeug, Bahn, Carsharing, Leihräder. Die Angebote für diese Möglichkeiten müssen weiterentwickelt werden.
- die Beschränkung des privaten KFZ-Verkehrs durch eine Ausweitung der Umweltzone
- höhere Parkgebühren in der Innenstadt und den Stadtteilen
- Reduzierung der Lärmbelastungen z.B. durch Ausdehnung der Tempo-30-Zonen
- den Ausbau des Radwegenetzes und Anbindung an überörtliche Radwegenetze



Foto: VRR Harald Spiering

## Sozialpolitik – für ein gutes Zusammenleben

Unsere Gesellschaft spaltet sich immer stärker in Arm und Reich. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Und wer Arbeit hat, kann immer seltener von nur einem Job leben und ist auf Unterstützung angewiesen. Auch Hagen ist eine sozial gespaltene Stadt. Aufgabe von Politik ist es, gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung für sozialen Ausgleich zu sorgen und das Auseinanderfallen der Stadt in arme und reiche Wohngegenden aufzuhalten. Um dies zu sichern, darf es keine weiteren Kürzungen im Aufgabenbereich des Fachbereichs Jugend und Soziales geben!

Hagen weist einen hohen Anteil an Menschen auf,

- die in Armut leben (ca. 25 %)
- die eine Zuwanderungsgeschichte haben (ca. 34 %)
- die über 60 Jahre alt sind (über 25 %)
- die mit einer Behinderung leben (ca. 16 %)

In der letzten Ratsperiode haben sich GRÜNE darum gekümmert, dass gesetzliche Verbesserungen im Sinne der Betroffenen umgesetzt wurden und wichtige Angebote erhalten blieben.

- ALG-II-EmpfängerInnen erhalten bei den Heizkosten die tatsächlichen Kosten erstattet und keinen Pauschalbetrag mehr.
- Die Wohnraumgröße wurde entsprechend der Wohngeldrichtlinie auch für ALG-II-EmpfängerInnen von 45 m<sup>2</sup> auf 50 m<sup>2</sup>





### Leben im Quartier

Ein wichtiger Hebel, den sozialen Zusammenhalt der Stadt zu sichern und die demografische Entwicklung zu meistern, liegt in der Entwicklung der Stadtteile und Wohnquartiere. Dazu haben wir GRÜNE das Instrument der Quartierskonzepte entwickelt. Auf dieser Basis lassen sich Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche und professionelle Unterstützung sowie haushaltsnahe Dienstleistungen neu organisieren. Angebote werden unter Beteiligung der BewohnerInnen, der Wohnungsbaugesellschaften und der Hilfeanbieter gebündelt und vernetzt. So gelingt gesellschaftliche Teilhabe und selbstbestimmtes Leben auch im Alter und mit Behinderung. Ein solches Konzept braucht hauptamtliche „Kümmerer“. Die Stadt soll eng mit der Beratungsstelle Altersgerechte Quartiere in Bochum zusammenarbeiten. Dort gibt es auch Informationen über Zuschüsse und Landesmittel für die Quartiersentwicklung.

für Einzelpersonen (bei Mehrpersonen-Bedarfsgemeinschaften entsprechend mehr) erhöht. Der höhere Anspruch auf Kosten der Unterkunft (KdU) wurde den meisten Betroffenen nur für ein Jahr rückwirkend ausbezahlt. Wir kritisieren, dass das Jobcenter ALG-II-EmpfängerInnen nicht rechtzeitig über die offene Rechtslage aufgeklärt hat. Wir fordern eine bessere Beratung, die sich an den Interessen der LeistungsempfängerInnen ausrichtet und nicht an denen der Stadtfinanzen.

- Das Sozialticket wurde in Hagen eingeführt, wenn auch mit Verspätung. Fakt ist, dass das Ticket mit 29,90 Euro noch immer zu teuer ist. Denn es liegt damit erheblich über dem Anteil, der im ALG-II-Regelsatz für Mobilität zur Verfügung steht. Wir fordern nach wie vor ein Sozialticket zum Preis von 15 Euro.
- Finanzielle Förderungen wichtiger Beratungsstellen (Schwangerschaftskonfliktberatung der AWO, Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel, Verbraucherberatung, Freiwilligenzentrale) konnten erhalten werden.

Aber es bleibt viel zu tun.

### Demografie/SeniorInnen

2010 waren 27 % aller HagenerInnen älter als 60 Jahre. 2020 werden es bei gleichbleibender Entwicklung 31 bis 32 % sein. Der demografische Wandel birgt Chancen und Risiken. Schon

heute sind viele SeniorInnen ehrenamtlich tätig. Sie helfen SchülerInnen bei den Hausaufgaben. Sie sorgen dafür, dass die Büchereien in Hohenlimburg und Haspe weiter bestehen können. Sie begleiten Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Sie machen Bürgerfunk fürs Radio, kümmern sich um Seniorennachmittage in Begegnungsstätten und spielen Theater. Das sind die fitten, mobilen SeniorInnen, die für das Leben in dieser Stadt sehr wichtig sind. Aber: In den nächsten Jahren wird die Zahl der alten Menschen wachsen, die arm sind. Es wird mehr Pflegebedürftige geben. Der Anteil der alten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird wachsen und die Zahl der Menschen mit Behinderung im Rentenalter wird größer werden. Das wird die Altenpolitik der Stadt vor neue Herausforderungen stellen. Diese neuen Anforderungen können nur von Bund, Land und Kommunen gemeinsam geschultert werden. Um die Entwicklung in Hagen meistern zu können, halten wir für erforderlich:

- Die Einrichtung einer eigenen Stelle einer/eines Demografiebeauftragten. Die demografische Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Stadtentwicklung berührt.
- Die Aufstellung eines neuen Altenplans (der letzte stammt aus dem Jahr 2003).
- Die Wiederbesetzung des Seniorenbüros. Ratsuchende brauchen eine zentrale Anlauf- und Auskunftsstelle.

- keine weiteren Kürzungen im Aufgabenbereich des Fachbereichs Jugend und Soziales, der Wohlfahrtsverbände und der Beratungsstellen
- Aufstockung der Stellen in der Wohn- und Pflegeberatung
- den Erhalt aller Begegnungsstätten
- bezahlbares, seniorenrechtliches Wohnen

Die GRÜNEN sehen in der Entwicklung von Quartieren (Quartierskonzepte) einen wichtigen Ansatz, um diese Zukunftsaufgaben zu meistern.

## **Finanzielle Absicherung sozialer Einrichtungen**

Menschen brauchen Unterstützung und Beratung in vielen Lebenssituationen. Eine gute Ausstattung solcher Anlaufstellen (Schwangerschaftskonfliktberatung, Verbraucherzentrale, Schuldnerberatung, Erziehungshilfe, AIDS-Hilfe, Frauen helfen Frauen, Freiwilligenzentrale, Suchthilfe, Arbeitslosenberatung, Beratung für Wohnungslose u.a.) hilft Menschen, ihr Leben zu meistern. Beratungsstellen sind eine Investition in die Zukunft und in den sozialen Frieden. Wir treten daher vehement gegen Kürzungen bei diesen Angeboten ein. Sie müssen den gestiegenen Anforderungen nachkommen können.

Soziale Arbeit muss verlässlich finanziert werden. Wir brauchen eine Regelfinanzierung statt der Finanzierung von befristeten Projekten.

## **Beratung für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund**

In Hagen mangelt es an Beratung für Frauen und junge Mädchen mit Migrationshintergrund in Konfliktsituationen. Oft suchen sie wegen Sprachschwierigkeiten und kultureller Differenzen Beratungsstellen nicht auf, insbesondere wenn sie dort nicht in ihrer Sprache beraten und betreut werden können. Sie brauchen

- Hilfe von DolmetscherInnen mit Migrationshintergrund
- Unterstützung auf dem Weg zu Selbstbestimmung und Eigenverantwortung
- BeraterInnen mit Kenntnissen ihrer spezifischen Lebenssituation und ihrer strukturellen Benachteiligung

## **Erwerbslose**

Hagen hat eine Arbeitslosenquote von 10 Prozent. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt auf hohem Niveau.

Wir halten Folgendes für erforderlich:

- Die Stadt Hagen soll mit dem Land die Wiederaufnahme der Finanzierung einer unabhängigen Arbeitslosen- und Erwerbslosenberatung, wie sie das Hagener Arbeitslosen-Zentrum (HALZ) bietet, aushandeln. Erfahrungen wie die der Gruppe „Weiße Taube“ zeigen, dass das Jobcenter oft nicht bedarfsgerecht informiert (Heißwasserpauschale, Wohnraum).



- Wir wollen, dass Trägerversammlung und Beirat des Jobcenters auf die Einhaltung der aktuellen Rechtsprechung achten und Ermessensspielräume kundenfreundlich auslegen.
- Vom Bund erwarten wir die Erhöhung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft auf 49 Prozent (gegenwärtig 24,9 Prozent).
- Ein Zankapfel sind die Schulsozialarbeiterstellen, die über das BuT (Bildungs- und Teilhabepaket) finanziert wurden. Sie haben sich bewährt. Dennoch ist keine Anschlussfinanzierung in Sicht. Bund und Land erklären sich gegenseitig für unzuständig, die Stadt Hagen als Nothaushaltskommune kann diese „freiwillige Leistung“ nicht zusätzlich finanzieren. Leidtragende sind die Kinder. Der Kompromiss mit dem Erhalt weniger Stellen ist unzureichend. Wir wollen, dass sich Hagens Stadtspitze für mehr Stellen einsetzt.

## FRAUEN UND GENDER

Veränderungen im Geschlechterverhältnis prägen unsere Gesellschaft. Benachteiligungen und Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern sind längst noch nicht abgebaut. Gleichstellung bleibt ein zentrales gesellschaftliches Reformprojekt, denn nur eine geschlechtergerechte Politik ermöglicht die Modernisierung der Gesellschaft.

### Frauen in Führung und ins Rathaus!

Bei den Hagener GRÜNEN ist das kein leeres Versprechen, sondern Programm! Die Doppelspitze ist in unserer Partei gelebter Alltag. Ebenso typisch GRÜN aufgestellt ist unsere Liste für die Kommunalwahl: geschlechtergerecht, vielfältig und stark.

Die gesamte Verwaltungsspitze in Hagen war bisher männlich besetzt. Ist es ein Zufall, dass ausgerechnet bei der Wahl einer Frau zur Dezernentin höchst peinliche Verhinderungskampagnen geführt wurden? Der Frauenbeirat und die Gleichstellungsbeauftragte waren übrigens von der Findungskommission (reine Männerangelegenheit) ausgeschlossen. Bei den „Volksparteien“ sind eben nur Männer in entscheidenden Funktionen. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass die Forderung nach Umsetzung von Gender Mainstreaming nur ein müdes Lächeln verursacht.

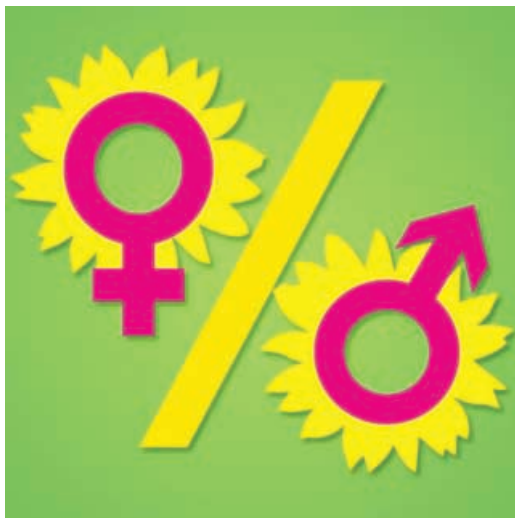
Daher fordern wir Hagener GRÜNE:

- Eine quotierte Besetzung des Verwaltungsvorstandes wird angestrebt.
- Gender Mainstreaming wird durch eine Dienstanweisung in der Verwaltung verbindlich.
- Dazu werden Daten soweit als möglich geschlechtsspezifisch ausgewiesen.
- Gender Budgeting findet im Haushalt Niederschlag. Für die Umsetzung sind die Dezernate und die wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen verantwortlich. Über den Prozess der Durchführung erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung in den jeweiligen Fachausschüssen.
- Vom Rat bzw. von der Stadt zu besetzende Aufsichtsratspositionen werden in der Regel quotiert besetzt.

## **Mädchen und junge Frauen**

Junge Frauen machen immer öfter die besseren Abschlüsse in Schule, Ausbildung und Beruf. Dennoch wählen sie aus über 340 Ausbildungsberufen oftmals nur 10 aus, die wenig Gehalt und kaum Aufstiegschancen bieten. Die Stadt Hagen kann hier eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie die Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen vergibt.

Geschlechtsspezifische Jugendarbeit – also sowohl gezielte Mädchenförderung als auch Jungenarbeit – soll durchgängig angeboten werden. Dabei sollen Rollenmuster aufgebrochen und geschützte Räume angeboten werden. Mädchen aus Migrantenfamilien haben es oft besonders schwer, traditionelle Rollenerwartungen mit dem Wunsch nach einem gleichberechtigten und selbstbestimmtem Leben in Einklang zu bringen, sei es bei der Teilnahme an sportlichen Aktivitäten, in der Freizeit oder bei der Berufs- und Partnerwahl. Hier bedarf es zielgruppenspezifischer Arbeit und einfühlsamer Beratung.



## **Runder Tisch gegen häusliche Gewalt**

Seit 2010 setzt sich der runde Tisch gegen häusliche Gewalt dafür ein, Frauen vor Gewalt in jeglicher Form zu schützen. Mit Veranstaltungen und Interventionsangeboten an Schulen wurden aktuelle Themen wie Stalking, Zwangsheirat und sexualisierte Gewalt sowie die Situation von Frauen mit Behinderung aufgegriffen. Dabei wurde sehr deutlich, dass die Angebote aller Einrichtungen weiterhin großen Unterstützungsbedarf haben, sowohl finanziell als auch personell.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN fordern:

- keine Streichung der Zuschüsse für die Frauenberatungsstelle
- keine Streichung der Zuschüsse für die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel

## **Lesben verstecken sich nicht länger**

Lesben sind gesellschaftlich unterrepräsentiert und in der öffentlichen Wahrnehmung kaum vorhanden. Die Hagener GRÜNEN sehen es als Aufgabe der Kommunalpolitik, ein Umfeld zu schaffen, in dem Lesben offen, gleichberechtigt und selbstbewusst miteinander leben können. Wir regen die Einrichtung eines Antidiskriminierungsbüros an. Bei städtisch bezuschussten Frauenprojekten soll auch die Situation von Lesben selbstverständlich berücksichtigt werden.



## Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes Gut. Gerade angesichts des demografischen Wandels entstehen neue Anforderungen an die gesundheitliche Versorgung in dieser Stadt. Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte sowie Reha-Einrichtungen müssen sich darauf einstellen.

Auf wichtige Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen hat die Kommunalpolitik wenig Einfluss. Trotzdem muss sie alle Möglichkeiten nutzen, um sich für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung einzusetzen. Die Zahl der Krankenhausbetten darf in Hagen nicht so drastisch gesenkt werden, wie es die Landesregierung in ihrem Krankenhausbedarfsplan vorsieht. Schon jetzt fehlen Akutbetten und Betten in der Inneren Medizin. Es bestehen Engpässe in der Versorgung. Wir wollen unseren Einfluss im Landtag nutzen.

Die kassenärztliche Vereinigung behauptet, Hagen sei mit Ärzten überversorgt. Alle, die schon Arzttermine ausmachen mussten, wissen, dass dies

nicht der Fall ist. Vor allem sind die Ärzte nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt. Aufgabe von Kommunalpolitik muss es sein, darauf zu achten, dass Stadtteile nicht unterversorgt sind, sondern dass zumindest die hausärztliche Versorgung quartiersnah gesichert ist. Dafür müssen wir mit der kassenärztlichen Vereinigung ins Gespräch kommen und zur Not auch streiten.

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, in der PatientInnen im Mittelpunkt stehen. Dazu braucht es neben anderen bundespolitischen Regelungen auch ein Gegengewicht zur Gesundheitslobby. In Hagen besteht ein dichtes Netz von Selbsthilfegruppen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung, aber auch zu Information und Eigenständigkeit der PatientInnen. Diese Gruppen brauchen Unterstützung. Deshalb darf es hier keine Kürzungen geben.

Seit einigen Jahren gibt es in Hagen eine Gesundheitskonferenz. Sie vereint die Hagener Akteure im Gesundheitswesen und politische VertreterInnen in der Aufgabe, den Stand der gesundheitlichen Versorgung darzustellen, gesundheitliche Ziele zu formulieren, Defizite zu benennen und Hand-



lungsempfehlungen zu geben. Die Konferenz hat wichtige Projekte angestoßen z.B. zu Adipositas bei Kindern, psychiatrischer Versorgung von Kindern, Frauen und Gesundheit, zum Netzwerk gegen Gewalt in der Familie. Sie hat einen Bericht zur Säuglingssterblichkeit initiiert. Angesichts der kommenden Probleme ist es sinnvoll, das Instrument der Gesundheitskonferenz zu stärken, um die Zusammenarbeit im Hagener Gesundheitswesen auszubauen. Nur so kann sie die Politik und die Stadtgesellschaft auf Notwendigkeiten und neue Entwicklungen hinweisen.

Ein wichtiges Ergebnis der Gesundheitskonferenz ist die Gründung eines „Hagener Bündnisses für gesunde Ernährung und gegen Bewegungsarmut“. Gesundheitserziehung gehört zu einer der wichtigsten öffentlichen Zukunftsaufgaben. Gute Gesundheitserziehung ist ein Baustein der Suchtvorbeugung.

Wir setzen uns daher verstärkt dafür ein, dass

- in Kitas und Schulen gesunde Ernährung angeboten wird
- Projekte zum Erlernen gesunder Ernährung gefahren werden – für Kinder, aber auch für Eltern
- wieder mehr Bewegung in den Alltag kommt



*„Jeder Mensch hat Anspruch auf  
eine Umwelt, die ein höchstmögliches  
Maß an Gesundheit  
und Wohlbefinden ermöglicht“*  
Europäische Charta Umwelt und Gesundheit

Der Schutz unserer Gesundheit ist eine vielfältige Aufgabe, die in viele Politikfelder hineinreicht. Gesundheit gibt es langfristig nicht ohne eine gesunde Umwelt, ohne gesunde Lebensmittel und ohne menschenwürdige Lebensbedingungen. Dies sind die Grundlagen, für die wir Sorge tragen müssen.

## Vielfalt leben!

### Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Menschen mit und ohne Handicaps sollen gleiche Möglichkeiten haben, sich in der Gemeinschaft zu bewegen, sie zu gestalten und an ihr teilzuhaben. Das ist ein Menschenrecht und so festgelegt in der UN-Behindertenrechtskonvention. Deutschland hat sich verpflichtet, sie in geltendes Recht und in die Lebenswirklichkeit umzusetzen.

Unsere Stadt inklusiv zu gestalten bedeutet:

- allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Institutionen, Beratungsstellen, kulturellen Einrichtungen, Bildung, Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen
- die Planung öffentlicher Räume nicht nur auf zahlende Kundenschaft auszuliegen
- nicht nur Theater, Stadthalle, Sitzungsräume der Verwaltung und der Behörden, sondern auch die Kinos, Konzerträume und Museen für hörgeschädigte und sehbehinderte Menschen und für Menschen mit körperlichen, seelischen und geistigen Handicaps barrierefrei zu gestalten

Wir GRÜNEN setzen uns auf vielen Ebenen dafür ein, Hagen barrierefrei zu gestalten. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Selbsthilfeorganisationen gelingen. Gleichzei-

tig bedarf es einer großen Beteiligung der gesamten Bürgerschaft und der Institutionen, um die Barrieren in den Köpfen zu überwinden. Wir wollen daher, dass in einem breit angelegten Beteiligungsprozess ein „Aktionsplan Hagen inklusiv“ aufgestellt wird. Bis zur Fertigstellung dieses Planes muss Sorge getragen werden, dass bestehende Beratungsangebote erhalten und den vorhandenen Bedarfen angepasst werden. Aufgrund unserer Initiative soll die Beratungsstelle für gehörlose Menschen als kommunale Pflichtaufgabe geführt werden. Dieser Status muss sichergestellt werden.

### Vielfalt leben - gemeinsam mit Zugewanderten

So vielfältig wie die Gründe der Zuwanderung sind auch die Etiketten, mit denen die Menschen und manchmal ganze Gruppen belegt werden. Der indische Ingenieur ist als Fachkraft willkommen. Hier geborene und aufgewachsene deutsche StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund werden allein aufgrund ihres Namens bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz benachteiligt. EU-Angehörige aus Bulgarien und Rumänien stehen pauschal unter dem Verdacht des Sozialmissbrauchs.

ArbeitsmigrantInnen, AussiedlerInnen, Armutsflüchtlinge, politisch Verfolgte: Für sie alle soll es in Hagen eine Willkommenskultur und ein gutes gemeinsames Leben geben. Dabei schließen wir nicht die Augen vor den Problemen, die Zuwan-

derung für die aufnehmende Stadt-Gesellschaft mit sich bringt. Solange allerdings die innereuropäische Verarmungspolitik fortgesetzt wird, solange multinationale Konzerne Entwicklungs- und Schwellenländer ausbeuten und solange Kriege geführt und Menschen wegen ihrer Abstammung oder Lebensführung verfolgt werden, so lange wird der Strom derer nicht abreißen, die für sich und ihre Kinder ein erträgliches Leben suchen. Wir stehen für Freizügigkeit innerhalb Europas und eine menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Hagen ist eine offene, bunte Stadt, die durch die Vielfalt der Zugewanderten bereichert wird.



Dafür brauchen wir:

- wirksame Maßnahmen der Sprachförderung und Unterstützung. Das geht nicht ohne zusätzliche Hilfen von Land und Bund.
- die wichtige Koordinierungsarbeit des Integrationszentrums für die Basisarbeit von Schulen, VHS und Verbänden.
- verstärkte Möglichkeiten, Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse über Seiteneinsteigerprogramme auf einen erfolgreichen Bildungsweg zu führen.
- Projekte für mehr Akzeptanz von Zugewanderten. Dazu gehören weiterhin die Fortbildung von VerwaltungsmitarbeiterInnen und pädagogischem Personal, aber auch Veranstaltungen und Begegnungsmöglichkeiten in Wohnvierteln.

Für länger in Deutschland lebende AusländerInnen haben wir seit vielen Jahren das kommunale Wahlrecht gefordert, leider bisher ohne Erfolg. Der Integrationsrat hat zunächst nicht das erhoffte Mehr an Beteiligung der zugewanderten Menschen gebracht. Wir brauchen daher:

- Schulungen und neue Wege zur Beteiligung von MigrantInnen am Integrationsrat
- intensive Werbung für die Einbürgerung und Information zur doppelten Staatsbürgerschaft
- Schulung und Motivation von interessierten MigrantInnen für die Mitarbeit in politischen Parteien und Gremien, auch wenn diese inzwischen selbstverständlich sein sollte
- eine Vorreiterfunktion bei Stadtverwaltung und Bildungseinrichtungen hinsichtlich der Beschäftigung von MigrantInnen

## Menschenwürdig: Flüchtlinge in Hagen

Mehr denn je sind Schutzsuchende auf Beistand zur Durchsetzung ihrer Rechte angewiesen. Dies gilt für das Asylverfahrensrecht wie auch für das Flüchtlingsrecht und zunehmend für die Zeit nach dem Anerkennungsverfahren.

Eine Beratung sollte idealerweise von fachkundigen RechtsanwältInnen vorgenommen werden. Leider zeigt die Erfahrung, dass viele Flüchtlinge diese Möglichkeit nicht wahrnehmen. Viele können auch die erforderlichen Anwaltsgebühren nicht tragen. Die Beratung der Flüchtlinge während des Verfahrens und danach erfolgt daher durch die Beratungsstellen von Flüchtlingsinitiativen und SozialarbeiterInnen. Es ist festzustellen, dass die Stadt Hagen Beratungsstellen gekürzt hat, da sie nicht mehr oder begrenzt Flüchtlinge aufnimmt. Derzeit steigt der Bedarf wieder erheblich.

## Gegen Rechts – an 365 Tagen im Jahr

Wir unterstützen weiterhin gewaltfreie Bündnisse und Aktionen gegen Rechtsextremismus als Stärkung von Zivilgesellschaft und Toleranz. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zeigen sich aber nicht nur bei Aktionen rechtsgerichteter Parteien, sie begegnen uns auch im Alltag. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss daher fester Bestandteil der Arbeit von Jugend-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sein.

Die GRÜNEN fordern:

- Die Flüchtlingsberatungsstellen müssen personell aufgestockt und auskömmlich finanziert werden.
- Flüchtlinge brauchen Begleitung von Vertrauenspersonen z.B. bei Behördengängen, damit persönliche Voraussetzungen wie Schulbildung, aber auch Rechtsfragen – rechtliche Vertretung, Klärung der aufenthaltsrechtlichen Situation, Unterbringung und medizinische Versorgung – angemessen berücksichtigt werden.
- Sinnvoll ist eine dezentrale Unterbringung, keine Unterbringung in Brennpunkten.
- Die Unterbringung von alleinstehenden Frauen mit Kindern bedarf besonderer Berücksichtigung.
- Kindern muss der Besuch von Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden.
- Sprachkurse für Flüchtlinge, die nicht an den Integrationskursen teilnehmen können, müssen bedarfsdeckend angeboten werden.

## Vielfalt der Lebensentwürfe

Wir wollen Freiheit und Akzeptanz für unterschiedliche Lebensentwürfe. Wer in welcher Familienform oder mit welchem Partner oder Partnerin zusammenlebt, ist Privatsache. Null Toleranz gilt dagegen für Gewalt und Missbrauch, sexuelle Ausbeutung von Machtverhältnissen und Menschenhandel.

In Hagen muss weiter an einem Klima der Toleranz gearbeitet werden, das jedem und jeder die persönliche Entfaltung ermöglicht. Wir wollen, dass schon im Bildungsbereich damit



begonnen wird, die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens vorurteilsfrei anzunehmen. Die Information über die Pluralität von Lebensentwürfen und unterschiedliche sexuelle Identitäten soll bereits Kinder und Jugendliche darin bestärken, sich selbst, aber auch ihr Gegenüber mit Wertschätzung zu betrachten und so zu einer selbstbestimmten Persönlichkeit zu werden. Die Schulungs- und Beratungsarbeit der Aids-Hilfe zu Coming-Out und Selbstfindung muss weiter unterstützt werden.

## Religionsfreiheit in Hagen

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN treten ein für Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Dieses Recht muss natürlich mit anderen Grundrechten abgewogen werden. Auch in der Hagener Bevölkerung entwickelt sich eine zunehmende Vielfalt weltanschaulich unterschiedlicher Richtungen. Viele staatlich finanzierte Angebote im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich aber sind kirchlich bzw. christlich-konfessionell ausgerichtet. Diese Tendenz nimmt zu. Das hat für die Nutzer, aber insbesondere für die Beschäftigten massive Einschränkungen ihrer individuellen Grundrechte zur Folge. Die Hagener GRÜNEN wollen, dass weltanschauliche Pluralität bei den Angeboten im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich künftig in Hagen verbindlich berücksichtigt wird. So muss beispielsweise jedes Hagener Kind die Möglichkeit haben, wohnortnah ein nicht konfessionsgebundenes Bildungs- und Betreuungsangebot zu finden.

Wir wollen,

- dass der Rat der Stadt Hagen den Bund auffordert, in Betrieben in kirchlicher Trägerschaft die allgemeinen ArbeitnehmerInnenrechte in vollem Umfang herzustellen. Dazu müssen Änderungen am Gleichstellungsgesetz und am Betriebsverfassungsgesetz vorgenommen werden.
- dass die Vergabe von Fördermitteln und ggf. eine Übernahme von Trägeranteilen durch die Stadt nach transparenten Kriterien erfolgen.
- dass die Stadt Hagen mit den kirchlichen Einrichtungen Gespräche führt, damit diese überall dort allgemein gültiges Arbeitsrecht anwenden, wo nicht der eng gefasste Kernbereich der Verkündigung betroffen ist.
- dass bei künftigen Verträgen mit allen Einrichtungen/externen Trägern Vereinbarungen getroffen werden, die den dort Beschäftigten die vollen ArbeitnehmerInnenrechte gewähren.
- dass die konfessionelle Zusammensetzung an den Hagener Schulen ermittelt und analysiert wird, um soziale und weltanschauliche Desintegration mit geeigneten Mitteln abzubauen. Daher unterstützen wir u.a. auch die Umwandlung von staatlichen Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen.
- dass Verwaltung und WahlbeamtInnen sich in Ausübung ihrer staatlichen Funktionen strikt weltanschaulich neutral verhalten.



## Mehr ganzheitliche Pädagogik: Bildung, Erziehung und Betreuung sind eins

Die Kommune trägt die Verantwortung für Erziehung und Bildung von Anfang an. Im Zentrum von Bildung, Erziehung und Betreuung müssen die Interessen und Bedürfnisse der Kinder stehen. Idealerweise heißt das: Die Stadt heißt die Neugeborenen willkommen und unterstützt Eltern bei der Erziehung und damit die Entwicklung und Bildung der Kinder. Der Erstkontakt der Stadt mit den Eltern beginnt vor der Geburt, spätestens unmittelbar nach der Geburt mit einem Willkommenspaket. Jede Familie hat eine Kontaktperson in der Stadt, die sich um die Bildung der Kinder kümmert und die Eltern berät, Hilfe vermittelt – falls nötig. Fortgeschriebene Bildungsberichte begleiten den Bildungsprozess. Familienzentren müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ein niederschwelliges, bedarfsgerechtes und vernetztes Angebot zur Unterstützung der Familien werden können.

Tageseinrichtungen für Kinder sind Orte der Erziehung und Bildung. Sie bieten eine frühe und damit erfolversprechende Möglichkeit, allen Kindern zu Chancengleichheit und einem guten Weg ins Leben zu verhelfen. Um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden, brauchen wir

- genügend Kinderbetreuungsplätze, ausreichendes Fachpersonal und eine gute Ausstattung der Einrichtungen,

- Flexible Betreuungszeiten und ein ausreichendes Angebot zur Betreuung der unter 3-jährigen. Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau über den Rechtsanspruch hinaus.
- Die Angebote in den Tageseinrichtungen müssen eine intensive Sprachförderung für Kinder und deren Eltern enthalten.

Die Hagener GRÜNEN fordern auf Landes- und Bundesebene:

- die kind- und bedarfsgerechte Anpassung der Regelsätze für die Kinder im SGB II
- die Kostenübernahme für Mittagsumahlzeiten und Schulbücher
- weitere Nachbesserungen am Kinderbildungsgesetz (KiBiz)
- Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld. Das Betreuungsgeld muss abgeschafft werden und gehört in die Finanzierung der Kindertagesstätten. Insbesondere für:
  - Planungs- und Finanzsicherheit der Kitas
  - kleine Gruppen in den Kitas
  - den weiteren Ausbau der U-3-Kinderbetreuung
  - Weitere Flexibilisierung der Betreuungszeiten
  - die Elternbeitragsfreiheit

Für Hagen fordern die GRÜNEN:

- Die Stadt Hagen muss im ständigen Dialog mit den Trägern über die Qualität in den Kitas stehen.
- Die Stadt Hagen muss im Interesse der Kinder und des Personals in den Kitas die Träger der Einrichtungen stützen.

- Die vorschulischen Angebote sind besonders wichtig für den weiteren Bildungsweg. Die Integration der Zugewanderten und ihrer Nachkommen hängt maßgeblich von besseren Bildungschancen ab.

## Schulen sind Häuser des Lernens

Alle Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf gleiche Chancen und Teilhabe in der Gesellschaft. Jedes Kind hat grundsätzlich das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Die Stadt Hagen hat in ihrer Schulentwicklungsplanung dafür Sorge zu tragen, dass sich alle Schulen zu inklusiven Schulen weiterentwickeln können. Dabei steht der Eltern- und Schülerwille bei der Schulwahl für uns im Vordergrund. Die Schule stellt sich darauf ein, die Vielfalt aller Schülerinnen und Schüler und ihre jeweiligen Besonderheiten zur Grundlage ihrer pädagogischen Arbeit und ihrer Unterrichtskultur zu machen. Dabei ist eine Schulstruktur unabdingbar, bei der es – wie in Grundschule, Gesamtschule und Sekundarschule – keine Auslese gibt.

Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Personell und materiell gut ausgestattete inklusive Schulen des längeren gemeinsamen Lernens müssen weiter gefördert werden. Ziel der Hagener GRÜNEN ist es, dass kein Kind zurück gelassen wird, dass die individuelle Förderung aller Kinder in den allgemeinbildenden Schulen gelebt wird,



- so dass Förderschulen in den Bereichen Lernen, Sprache, und soziale und emotionale Entwicklung entfallen können.
- Die Bedürfnisse aller Eltern und Kinder nach qualitativ hochwertiger Bildung müssen erfüllt werden. Nach unserer Meinung gelingt dies am besten in integrierten und inklusiven Systemen: Dazu gehören auch der Ausbau von gebundenen Ganztagschulen mit der entsprechenden Infrastruktur (Mensa-, Aufenthalts- und Arbeitsräumen), und die Ressourcen für inklusiven Unterricht. Die Ausweitung der Unterrichts-

stunden an Gymnasien in den Nachmittag hinein erfordert entsprechende Konzepte, die die Stadt unterstützen muss. Im Offenen Ganztage der Grundschulen muss die Gruppenstärke so bemessen sein, dass qualifiziert gearbeitet und nicht nur verwahrt werden kann.

- Die städtische Infrastruktur muss zur Einwohnerzahl passen. Da die Schülerzahl weiterhin sinkt, sind Schulstruktur und Raumbedarf anzupassen. Schließen und Zusammenlegen bzw. Umwandeln einzelner Schulen kann unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein. Die Kriterien bei der Auswahl müssen frühzeitig offen gelegt werden; der bauliche Zustand der Gebäude ist nur eins davon. Der Ganztags- und Inklusionsbedarf muss deutlich in die Raumberechnung eingehen, ebenso die Rolle der Schule für den Stadtteil etwa mit der Nutzung der Gebäude durch außerschulische Organisationen wie Vereine. Ein fairer Umgang miteinander bedeutet frühzeitige Information und Einbeziehung der Betroffenen. Nach wie vor gilt unser Prinzip, dass die Schule möglichst wohnortnah sein soll.
- Der Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung, die weitere schulische Bildung nach dem Abschluss

Individuelle  
Förderung  
ohne Auslese!

in Jahrgang 10 oder der Übergang in eine akademische Bildung muss in Hagen intensiv und professionell begleitet werden: Ein frühzeitig einsetzendes, unabhängiges Übergangmanagement z.B. in einem Beratungsbüro der Stadt ist dazu hilfreich.

- Schule und Jugendhilfe müssen besser vernetzt werden: Viele Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung, die sich nicht nur auf den Lernstoff bezieht. Sozialpädagogische und schulpyschologische Unterstützung muss die schulische Arbeit begleiten. Durch das Zusammenwirken von verschiedenen Berufsfeldern könnte die Qualität weiter verbessert werden. Nicht nur Problemdiagnosen, sondern praktische Hilfen sind gefragt: Prävention etwa bei der Betreuung von schulmüden Jugendlichen ist sinnvoll. Berufsorientierende Maßnahmen für Haupt- und Gesamtschulen könnten den vielfach schwierigen Einstieg erleichtern.
- Die Hagerer Schulen sollten sich weiter öffnen. Z.B. bietet Jugendkulturarbeit Chancen, ungenutzte Talente zu fördern. Im Rahmen des Ganztagsangebotes sind Projekte mit außerschulischen Trägern sinnvoll. Diese müssen im Bildungsbüro der Stadt angestoßen und begleitet werden. Dazu muss die Stadt Hagen das Bildungsbüro stärken, damit pädagogische Initiativen gebündelt werden können und Schulen mit

außerschulischen Partnern auf den Gebieten Kultur, Soziales, Ökologie und Wirtschaft vernetzt werden.

- Pädagogische Arbeit bedeutet zum großen Teil Kommunikation. Unbesetzte Schulbüros und damit stundenlange telefonische Unerreichbarkeit erschweren den nötigen Austausch zwischen Eltern und Schule. Der gewachsene Verwaltungsaufwand erfordert zudem qualifizierte Kräfte für die Sekretariatsaufgaben. Hier muss die Stadt Hagen die Schulen stärken.
- Für den Lernerfolg brauchen Schulen Attraktivität. Man muss sich in ihnen wohl fühlen können. Es ist nachgewiesen, dass schlecht unterhaltene und schlecht gereinigte Schulen einen negativen Effekt auf die Lernergebnisse haben. Die Putzstandards in den Hagener Schulen dürfen nicht noch weiter nach unten geschraubt werden.
- Wir wollen die Wiedereinführung der Grundschulbezirke: Die Freiheit Einiger untergräbt die Chancengleichheit vieler und führt zu sozialer Ausgrenzung.
- Schulsozialarbeit muss erhalten bleiben. Die Anschlussfinanzierung der Schulsozialarbeiter nach dem Bildungs- und Teilhabepaket durch die Kommunen ist nicht zu leisten. Schulsozialarbeit ist Teil der präventiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Durch den Wegfall dieses Angebots verringert sich die Möglichkeit der „Bildung und Teilhabe“ für viele Kinder und Jugendliche.



## **Kinder, Jugend, Bildung: DIE ZUKUNFT**

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, Räume für Bewegung und Freizeitaktivitäten. Dazu gehören auch Orte und Einrichtungen, wo Kinder und Jugendliche unter sich sind, wo ihre Regeln gelten.

Gute Jugendarbeit holt die Jugendlichen dort ab, wo sie stehen. Kooperative und stadtteilbezogene Formen der Kinder- und Jugendarbeit sind besonders erfolgreich bei Gewaltprävention und Integration und müssen deshalb ausgebaut werden.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendzentren und -treffs müssen erhalten bleiben. Kinder und Jugendliche werden durch die vielfältigen Angebote der Jugendhilfe an Teilnahme und Mitverantwortung im gesellschaftlichen Leben herangeführt.

Die außerschulischen Bildungsorte für Kinder- und Jugendliche bereichern die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und ermöglichen vielfältige kulturelle, sportliche und musische Erfahrungen an den verschiedensten Orten und Institutionen.

Diese Vielfalt der Angebote muss den Kindern und Jugendlichen erhalten bleiben.

Die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Hagen sind oft geprägt durch strukturelle Benachteiligung. Armut trifft Kinder und ihre Familien besonders hart.

Armut ist nicht nur eine einkommensabhängige Armut, son-

dern eine Armut, die die Lebensbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe betrifft. Von Selbstverschuldung und individuellen Armutsbiografien kann kaum mehr die Rede sein; ohnehin verbietet sich eine solche Diskussion, wenn es um Kinder geht.

Dennoch: die Zahlen weisen deutlich auf ein gesamtgesellschaftliches Problem hin.

## **Kinder und Jugendliche haben Rechte**

Kinderrechte nützen wenig ohne einen einklagbaren Anspruch. Daher wird es – vor allem für die lokale Arbeit – dringend Zeit, die Rechtsposition von Kindern in Deutschland zu stärken. Die explizite Aufnahme der Kinderrechte auf Förderung, Schutz und Beteiligung sowie den Vorrang des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln gehört als Folge der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Aus der Sicht der Kinder und Heranwachsenden beginnt Demokratie mit den Beteiligungsmöglichkeiten an den Entscheidungen, bei denen ihre Interessen betroffen sind. Das reicht von der Spielplatzgestaltung über Freizeitmöglichkeiten bis zu ökologischen Kinderrechten. Wir wollen daher, dass die gute Arbeit der Jugendräte in Hagen weiter gefördert und hinreichend ausgestattet wird.

Ein konsequenter Beteiligungsansatz ist, dass bei der Kommunalwahl das Wahlalter auf sechzehn Jahre gesenkt wurde. Denn die Kompetenz zu wählen ist weniger eine Frage des Al-



ters als der Kenntnisse und der Beteiligungskultur. Leider gilt diese Senkung der Altersgrenze noch nicht für die Bundestags- und die Europawahl. Wir werden uns weiter dafür einsetzen. Gerade in einer rapide alternden Gesellschaft müssen auch Junge ihre Interessen einbringen können.

## Netzwerke für Kinderschutz

Kommunale Netzwerke und Präventionsketten zum Kinderschutz müssen weiter ausgebaut werden. Die bestehenden Konzepte in unserer Stadt sollten weiterentwickelt werden und benötigen eine sichere und auf Dauer angelegte Regelfinanzierung.

Wir wollen weg von Projektförderungen und fordern die gesicherte Finanzierung der am Netzwerk beteiligten Organisationen und Einrichtungen. Nur wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, können Präventionsketten funktionieren und dem Schutzauftrag gerecht werden.

Präventionsketten und Kinderschutzmaßnahmen vermeiden Armutsfolgen bei Kindern und Jugendlichen. Es geht aber nicht nur um Armutsprävention, sondern um eine Neuorientierung und Neustrukturierung der Hilfesysteme, um allen jungen Menschen positive Lebens- und Teilhabebedingungen zu eröffnen. Die Finanzierung der Hagerer Kinderschutzambulanz muss langfristig gesichert werden, um dem gesetzlichen Schutzauftrag für Kinder konsequent gerecht zu werden.



## Mehr Bewegung: Sport in Hagen

GRÜNE Sportpolitik setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an sportlichen, gesundheitsfördernden und Gemeinsinn schaffenden Betätigungen im Breiten-, Leistungs- und Freizeitsport ein. Dabei sind sowohl Vereins- als auch vereinsungebundener Sport zu fördern und deren Rahmenbedingungen durch die Stadt zu sichern.

### Vereinsport

Die Hagener Sportvereine sind das Rückgrat unserer attraktiven Sportlandschaft. Sie bringen Tausende von Hagenerinnen und Hagenern in Bewegung und setzen ehrenamtliches Engagement frei, ohne das unsere Stadt nicht so lebendig wäre. Dieses Ehrenamt wollen wir stärken. Die Sportvereine erfüllen eine wichtige soziale und kulturelle Aufgabe. Gerade in Zeiten eines beschleunigten sozialen Wandels übernimmt der Vereinssport eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion. Deshalb stehen wir zu Hagens Sportvereinen. Wir wollen dabei vor allem die Kinder- und Jugendförderung intensivieren. Dies ist auch

unter gesundheitlichen Aspekten von großer Bedeutung. Bewegungsarmut und Übergewicht haben dann die schwerwiegendsten Folgen, wenn sie bereits im Kindesalter beginnen. Neben dem traditionellen Vereinssport wollen wir Randsportarten und kleineren Vereinen so weit als möglich bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zur Seite stehen.

Der Zugang zum Sport soll für Menschen mit Migrationshintergrund und hier vor allem für Kinder und Jugendliche eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen deshalb gezielt die Teilnahme an Programmen wie „Integration durch Sport“ fördern. Die Sportvereine der Hagener Migrantinnen und Migranten wollen wir zudem dabei unterstützen, geregelte Nutzung von Sport- und Trainingsplätzen und -räumen und leichteren Zugang in die regionalen Ligen zu erlangen.



### Breitensport auch ohne Verein

Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten FreizeitsportlerInnen verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein unverzichtbarer Bestandteil der Sportstättenentwicklung und der generellen Stadtentwicklung werden. Wir treten deshalb

dafür ein, mehr gewidmete Freiflächen für Sport, Spiel und Freizeit zur Verfügung zu stellen. Kinder und Jugendliche haben in ihrem direkten Wohnumfeld immer weniger Platz, wo sie in ihrer Freizeit ungestört Sport treiben können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bestand an Sport- und Bolzplätzen für den unorganisierten Freizeitsport erhalten und nach Möglichkeit ausgedehnt wird. Auch für Trendsportarten wie Mountainbiking oder Nordic Walking müssen unentgeltliche Möglichkeiten bestehen. Hagens wunderschöne Waldlandschaft bietet Gelegenheiten für solche Entwicklungen. Aber auch über Angebote wie ein Streetball-Multifunktionsfeld z.B. im Sportpark Ischeländ sollte nachgedacht werden. Gleichberechtigte Teilhabe aller BürgerInnen an sportlichen Angeboten und Aktivitäten schließt natürlich auch Menschen mit Handicaps ein. Es sollen daher gemeinsam mit Vereinen und Anbietern Konzepte entwickelt werden zur Inklusion im Sport.



Kurze Wege zum Sport!

## Sport braucht Räume

Für intakte und attraktive Sportanlagen machen wir uns stark. Eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Sportpolitik ist es, den dringenden Sanierungsbedarf von Sporthallen und Sportplätzen zu meistern. Oberste Priorität hat für uns die Versor-

gung mit hochwertigen Sportanlagen für den Schul- und Vereinssport.

Die sportliche Infrastruktur in Hagen muss allerdings einer schrumpfenden Bevölkerung und gewandelten Freizeitbedürfnissen angepasst werden. Manche überalterte Sportanlage ist nur noch teuer zu sanieren und kann im Einzelfall wegfallen. Verbleibende Anlagen für Breiten- und Spitzensport sollen modernisiert werden. Es muss für ausreichend Hallen- und Platzzeiten für Schul-, insbesondere für Schulschwimmsport und die Vereine gesorgt werden. Die Kürzungsbeiträge des Sports in Hagen zur Haushaltskonsolidierung sind so zu erheben, dass keinerlei Strukturen zerschlagen werden. Mit einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage hat der Rat ein geeignetes Mittel beschlossen, die Vereine angemessen zu beteiligen, ohne sie im Bestand zu gefährden.

Kreative Lösungen müssen geprüft werden: So sind viele Schulsporthallen in den Ferien nur eingeschränkt nutzbar, so dass für Jugendliche und Kinder in diesen Zeiten nur begrenzte Sportmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig sind immer mehr Familien aufgrund ihrer finanziellen Situation gezwungen, in den Ferien zu Hause zu bleiben. Deswegen sollten die Öffnungszeiten der Sportanlagen in den Schulferien wesentlich erweitert werden.

Generell meinen wir: Sportflächen, die für ihre ursprüngliche Nutzung nicht mehr geeignet sind, sollten trotzdem planerisch zuerst auf eine Weiternutzung im Sport- und Freizeitbereich geprüft werden. Genau wie Hagens Freiflächen sind auch seine Sportanlagen keine Bauflächenreserve.

## Spitzensport

Hagens Spitzensport ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt. Allerdings: im Gegensatz zum Breitensport muss ein zukunftsfähiger Spitzensport finanziell auf eigenen Füßen stehen. Angesichts von Hagens Verschuldung kann GRÜNE Sportpolitik nur soweit für eine kommunale Förderung des Spitzensportes eintreten, wie zunächst Breiten-, Freizeit- und Schulsport angemessen ausgestattet werden können.

Wir GRÜNEN wollen:

- dass jedes Schulkind schwimmen lernt. Ausreichender Schwimmunterricht in den Schulen und notwendige Hallenkapazität muss vorgehalten werden. Auch die Fahrtkosten zum Schwimmunterricht dürfen kein Problem sein.
- den Erhalt der Freibäder Hestert und Hengstey
- Schwimmmöglichkeiten für Hohenlimburger
- die energetische Sanierung von Gebäuden und Sporthallen
- die Unterstützung von Vereinen mit vereinseigenen Anlagen aus der Sportpauschale

- die Förderung von Trendsporteinrichtungen
- die Berücksichtigung von Sport als Gesundheitsförderung
- ein Konzept für einen Sportpark Lenne-Region
- Programme für gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Behinderung
- die Entwicklung von weiteren Sportangeboten für Ältere



## Kultur

KULTUR und WEITERBILDUNG werden bei uns weiterhin groß geschrieben. Ein breit aufgestelltes kulturelles Angebot macht unsere Stadt lebens- und lebenswert. Als Kulturstandort bestimmt Hagen nicht nur die Lebensqualität seiner BürgerInnen, sondern auch der Region. Ein weit gefächertes Kultur- und Weiterbildungsangebot ist daher auch ein integraler Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge und Lebenselixier für unser Gemeinwesen.

Wir haben in Hagen eine Fülle von bemerkenswerten Kulturschätzen:

Das Kunstquartier mit Osthaus- und Schumacher-Museum, das Historische Centrum, die Stätten des Hagener Impulses, hier besonders der Hohenhof, das Museum für Ur- und Frühgeschichte im Wasserschloss Werdringen, das Riemerschmidt-Haus, Schloss Hohenlimburg, das Freilichtmuseum, das Theater mit Philharmonischem Orchester, Kinder- und Jugendtheater und Ballett, die freien Kulturzentren und viele private Galerien. Hierauf können wir mit Recht stolz sein. All diese Einrichtungen gilt es besser zu bewerben und im städtischen Marketing hervorzuheben.

Die Volkshochschule mit der Musikschule und die Stadtbücherei fungieren als wichtige Orte außerschulischen Lernens und der Weiterbildung.

Freie Kulturszene und  
etablierte Kultur –  
Hagen braucht beides!

Die freien Kulturzentren AllerWeltHaus, Hasper Hammer, Pelmke und Werkhof sind nicht allein Ort vielfältiger kultureller Veranstaltungen. In ihnen wird darüber hinaus wertvolle Bildungs- und Kulturarbeit geleistet.

Sie sind mit ihrem individuellen Profil ein fester Bestandteil der Hagener Kulturlandschaft und werden getragen durch enorme Eigeninitiative und viel bürgerschaftliches Engagement in den Quartieren. Trotz der prekären finanziellen Situation der Stadt müssen die kulturellen Angebote erhalten bleiben – und zwar als Mix aus freier Kultur und der Institutionen der sogenannten Hochkultur. Nur mit einer soliden Grundsicherung kann ihr Bestand gesichert werden kann. Alle Möglichkeiten, ihre hohe Qualität weiterhin zu garantieren, müssen ausgeschöpft werden. Zwar müssen Strukturen überprüft und der Einsatz von privaten Initiativen gefördert werden – eine kommunale Finanzierung muss jedoch weiterhin die Grundlage bilden.

Wir GRÜNEN werden uns – trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen – weiterhin grundsätzlich dafür einsetzen, dass Kunst und Kultur nicht als abrufbare Dienstleistung nach Kassenlage betrachtet werden. Dabei sehen wir auch



das Land in der Verantwortung, den Erhalt einer flächendeckenden und breit gefächerten Kulturlandschaft zu unterstützen. Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Der städtische Zuschuss für die freien Kulturzentren darf nicht weiter gekürzt werden. Ein langfristiges kommunales Engagement soll Planungssicherheit schaffen.
- Die Stadtbücherei mit ihren Filialen in den Stadtteilen Haspe und Hohenlimburg müssen in ihrer jetzigen Qualität erhalten bleiben. Ebenso die Volkshochschule mit der Max-Reger-Musikschule als DAS kommunale Weiterbildungszentrum. Sie sind Zentren der Bildung, Information und Begegnung mit einer nicht zu unterschätzenden sozialen Komponente. Wer sich den Kauf von Büchern nicht leisten kann, muss trotzdem lesen können!
- Bestandssicherung des Stadttheaters, des Balletts, des Jugendtheaters, des Philharmonischen Orchesters auf hohem Niveau: Theater und Orchester sind eng miteinander verbunden und haben seit über 100 Jahren eine große Bedeutung für Hagen und die Region. Das Theater muss mit einer tragfähigen finanziellen Ausstattung erhalten bleiben, um seinen Bildungsauftrag weiterhin zu erfüllen
- Unterstützung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Kulturbüros, das nicht allein Veranstalter von Festivals ist, sondern Bindeglied, Organisator und Koordinator der freien Kulturarbeit und der Kulturzentren. Veranstaltungen wie der Muschelsalat müssen erhalten bleiben.



Foto: Gunda von Fircks

- Die einzigartige paläontologische Fundlandschaft in Hagen muss weiter wissenschaftlich ausgewertet und entsprechend ihrer Bedeutung beworben werden.
- Es gibt vielfältige interkulturelle Aktivitäten in Hagen. Sie müssen noch mehr als bisher selbstverständlicher Bestandteil aller kulturellen Einrichtungen sein. Interkulturelle Kulturarbeit ist kein Luxus, sondern muss als wesentlicher Faktor für die Integration von Zugewanderten und Alteingesessenen geachtet und gefördert werden.



# Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, Tourismus

## Wirtschaftsförderung mit Konzept

Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus sind die Kernbereiche einer zukunftsfähigen Vision für Hagen. Zur Überwindung des Stillstandes müssen Wirtschaft, Kultur und Tourismus berücksichtigt und gefördert werden. Bündnis 90/ Die GRÜNEN plädieren für eine gemeinsame Aktion aller interessierten und erforderlichen Akteure, die Zukunft Hagens aktiv zu gestalten. Dabei gilt es, das Selbstbewusstsein für die Region zwischen Sauerland und Ruhrgebiet zu entwickeln. Die Stärken stärken und Schwächen schwächen muss das Credo sein.

Bisher versteht sich die Wirtschaftsförderung in der Stadt Hagen in erster Linie als Erfüllungsgehilfe für die Vermarktung von Grundstücken. Dabei wurde der seit Jahrzehnten stattfindende Strukturwandel des Ruhrgebiets entweder weitgehend ignoriert oder aus der Distanz bestaunt. Stattdessen folgt man gebetsmühlenhaft dem Credo der Wachstumsökonomie, die Neuansiedlung von größeren Unternehmen auf von der Stadt erschlossen zur Verfügung gestellten und zu niedrigen Preisen angebotenen Flächen zu betreiben. Siedelte sich dann tatsächlich mal ein Betrieb im Hagener Stadtgebiet an, stand der Flä-

chenverbrauch oft in keinem Verhältnis zu den neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Den Preis werden zukünftige Generationen von HagerInnen zahlen müssen.

## HAGENagentur und Wirtschaftsförderung in der Kritik

HAGENagentur und speziell die Hagener Wirtschaftsförderung sind unabhängig von den personellen Querelen der vergangenen Jahre auch als Dienstleister kritisch zu sehen.

Gewerbliche Neuansiedlungen werden fast schon traditionell nicht erreicht. Stattdessen werden die wenigen dafür geeigneten Flächen, wie z.B. die Hassleyer Insel, auch mit Unterstützung der Hagener Wirtschaftsförderer dem großflächigen Einzelhandel oder zweifelhaften Prestige-Projekten wie der Enervie-Hauptverwaltung geopfert. Dabei werden die negativen Folgen für die Innenstadt und die Entwicklung der Wehringhauser Straße einfach ignoriert. Im Falle der neuen Rathaus-Galerie rühmt sich die Wirtschaftsförderung, die Voraussetzungen für den Baubeginn durch die Akquise des Haupt-Ankermieters geschaffen zu haben. Tatsächlich hat man der Volme-Galerie den bisherigen Ankermieter ‚Saturn‘ abgeworben.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Die Hagener Wirtschaftsförderung betreibt eine Politik, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bürger und der Unternehmen orientiert.

Die Stadt zukunftsfähig zu machen bedeutet: Gutes bewahren und fördern und Neues entwickeln. Neben der Unterstützung und Weiterentwicklung der vorhandenen Wirtschafts-

ternehmen, sowohl aus Industrie und Dienstleistung, muss dem Strukturwandel Rechnung getragen werden.

Für den ersten Bereich steht beispielsweise die Kaltwalzindustrie, bei der man von einem Wirtschaftscluster sprechen kann: In Hagen befindet sich der Mittelpunkt der Kaltwalzwirtschaft mit einem enormen Know How bei vielen Betrieben, die miteinander arbeiten und sich gegenseitig befruchten. Hagen muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich dieses Cluster weiter festigen und entwickeln kann. Dies ist die eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung.

Die zweite Aufgabe ist, einen Prozess mit allen Hagerer Akteuren zu initiieren, an dessen Ende Vision, Ziele und eine Strategie stehen, neue Wirtschaftszweige entstehen zu lassen. Und auch da kann von Vorhandenem ausgegangen werden. Zu berücksichtigen sind Nachhaltigkeitskriterien, Strukturwandel und zukünftige Trends – eben Wirtschaftsförderung mit Vision und Konzept!

### **Politische Begleitung**

Da es sich hierbei um wesentliche Erfordernisse für eine positive wirtschaftliche Entwicklung von Hagen handelt, fordern Bündnis 90 / Die GRÜNEN, diesen Themenbereich stärker politisch zu begleiten. Wir wollen den seinerzeit abgeschafften Ratsausschuss für Beschäftigung und Wirtschaftsförderung (WBA) wieder aufleben lassen. Zudem müssen an solchen Beratungen neben den Parteien alle wesentlichen gesellschaft-

lichen Akteure beteiligt werden, – zum Beispiel Unternehmen, Gewerkschaften, Hochschulen, Kulturschaffende und Sozial-einrichtungen sowie die Kirchen. Das Ziel ist die Schaffung einer positiven Aufbruchstimmung und die Initiierung von GUTEN PROJEKTEN.

#### **Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,**

- bestehende Brachflächen zu entwickeln, statt neue Flächen zu versiegeln
- auch jenseits der traditionellen industriellen Strukturen Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu fördern
- kleine und mittelständische Unternehmen sowie Innovationen und umweltfreundliche Produktion zu fördern
- den Verkauf größerer und attraktiver Flächen an die Schaffung von Arbeitsplätzen zu koppeln
- bei der Erschließung neuer Flächen entstehende Kosten konsequent den neuen Eigentümern zuzuordnen und nicht wie in der Vergangenheit zu vergesellschaften
- zielorientierte Fördermittel zu akquirieren und in Gebietsförderungsprogrammen berücksichtigt zu werden
- sowie als Forderung an das Land: Einen Fond oder eine Entwicklungsgesellschaft für die Revitalisierung von Brachflächen einzurichten

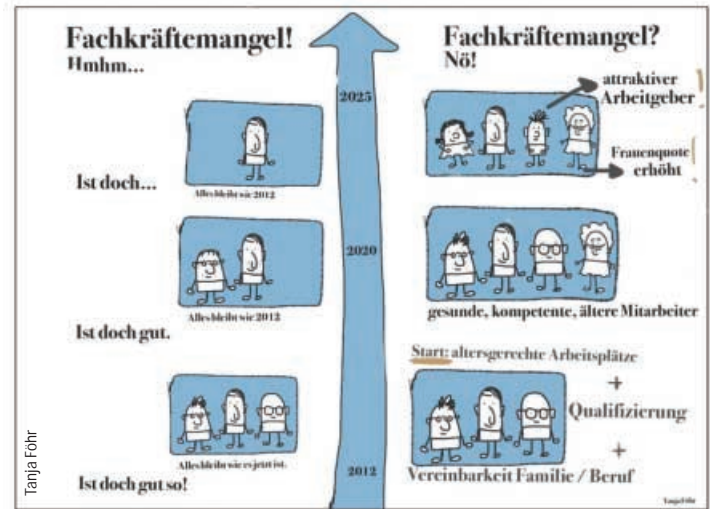
## Arbeitsmarkt und gute Arbeit

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Entwicklung der Arbeitsbedingungen unterliegt vielfältigen Rahmenbedingungen. So befinden wir uns immer noch im Strukturwandel, den es sozial und wirtschaftlich verträglich zu gestalten gilt. Neben der Förderung der vorhandenen Arbeitsplätze sind Rahmenbedingungen zu schaffen, auch neue Wirtschaftsbereiche zu erschließen. Insbesondere der demografische Wandel wird tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. So werden innerhalb weniger Jahre große Teile der Belegschaften in den Ruhestand gehen. Allerdings stehen dem keine neuen jungen FacharbeiterInnen gegenüber. Der Notwendigkeit, für entsprechenden Ersatz zu sorgen, wird nicht Rechnung getragen. Im Gegenteil, die Anzahl der Ausbildungsplätze in 2013 ist zurückgegangen. Die Stadt Hagen und ihre Tochtergesellschaften sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Bündnis 90/Die GRÜNEN fordern, dass bei allen städtischen Betrieben eine Analyse der demografischen Situation durchgeführt wird. Ziel ist, eine mittel- bis langfristige Personalplanung zu erstellen. Zusätzlich fordern wir eine Erhöhung der Ausbildungsquote bei der Stadtverwaltung. Auszubildende sollen anschließend von der Stadt übernommen werden. Denn die Verwaltung wird in Zukunft absehbar nicht zu viel, sondern zu wenig Personal haben.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Förderung von „Guter Arbeit“ ist auf der kommunalen Ebene nur bedingt steu-

erbar. Aber neben der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gibt es viele weitere Maßnahmen zur Arbeitsmarktpolitik. Hier sind Fördermöglichkeiten arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durch das Land, den Bund, die EU und weitere Mittelgeber zu prüfen.

Wir schlagen vor, eine Stelle für Förderkoordination einzurichten. Diese soll eng mit der Wirtschaftsförderung und dem sozialen Bereichen zusammenarbeiten. Das Ziel ist die Akquise von Projekten und Fördermaßnahmen, die in eine Gesamtstrategie für die Hagerer Entwicklung eingebunden ist.





## Wochenmärkte

Wochenmärkte haben einen Event- und Treffpunktcharakter. Die vielen Stadtteilmärkte mit Veranstaltungscharakter (Bauernmärkte, Lichterfest, Weihnachtsmärkte ...) sind ein beredtes Zeugnis dafür, dass Nachfrage seitens der Bürger vorhanden ist. Wir wollen das Wochenmarktkonzept für Hagen in diesem Sinne überarbeiten. Das kann von bedarfsorientierten Öffnungszeiten bis zu reservierten Plätzen für Kreativangebote und eine Nische für die Crafting-Szene reichen.

## Hagen als Ort der Kreativwirtschaft

Hagen ist Stadt der Bildung, Weiterbildung und der Fernuni. Das ist eine ideale Keimzelle für Kreativ-Wirtschaft. Wir unterstützen daher

- die Ansiedlung von Co-Working: Vorhandene Industriebauten dienen als kreative Räume für kleine UnternehmerInnen, KünstlerInnen und Bürgerprojekte (vergleichbar etwa dem „Unperfekthaus“ in Essen)
- freien Internet-Zugang im Innenstadtbereich

Wir sehen mit Sorge die Tendenz, in immer gleichen Konsumtempeln („Malls“) immer gleiche Geschäfte anzutreffen. Stattdessen soll alles versucht werden, damit unsere Innenstadt sich durch besondere Angebote regionaler Anbieter auszeichnet. Zusätzlich sollen in einer gemeinsamen Aktion Vermieter durch die Stadt unterstützt werden, einnahmeschwächeren, aber innovativen und attraktiven Einzelhandelskonzepten Vorrang zu geben. Das gilt vor allem für die Stadtteile.

## Stadtmarketing & Touristik

Die einmalige Kombination aus anspruchsvoller Landschaft, Flüssen und Seen in der unmittelbaren Umgebung bietet reichlich Potential, die Attraktivität für die eigenen Bürger und Sportler aus der näheren und weiteren Umgebung zu steigern. Dazu soll in Zusammenarbeit mit den vor Ort vorhandenen Hoch-

schulen, der Ruhrtalinitiative u.a. das Naherholungs- und Tourismuskonzept für Hagen passgenau weiterentwickelt werden. Ein Kernprojekt ist der

### **Sportpark Lenne-Region**

Bündnis 90 / Die GRÜNEN schlagen vor, Hohenlimburg zu einem überregionalen Sportzentrum, dem Sportpark Lenne-Region, auszubauen. Die herausragenden Möglichkeiten von Mountain Sports, Radwandern, Wandern, Kanusport und unterschiedlichsten Laufstrecken müssen organisiert und kommuniziert werden. Auch hier gilt es, mit allen Interessierten gemeinsam ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Die Kanustrecke in Verbindung mit Camping und Wohnmobilstellplätzen kann kombiniert werden mit Angeboten von Wellness sowie Fahrrad- und Wassersportgeschäften. In Verbindung mit Schloss, Museen, Theater



und Gastronomie entsteht so ein kombiniertes Freizeitangebot für die ganze Region.

### **Ausgangspunkt Rad- und Wandertourismus**

Als besonders waldreiche Stadt und als „Tor zum Sauerland“ bietet Hagen ideale Bedingungen, Ausflüge in das Sauerland zu unternehmen. Wanderstrecken gibt es schon viele. Spätestens seit der zunehmenden Verbreitung von Elektrofahrrädern müssen aber neue Radwege angelegt werden. Ein Anschluss an den Ruhr-Radwanderweg, der bereits heute einen touristischen Magneten darstellt, bietet zusätzliche Möglichkeiten, Touristen und Tagesausflügler zum Verweilen in Hagen zu verleiten.



## Personalentwicklung bei der Stadtverwaltung

Pauschal wird oft behauptet, in der Hager Stadtverwaltung arbeiten zu viele Beschäftigte. Einige Politiker sind der Meinung, wenn man einfach mehrere Hundert VerwaltungsmitarbeiterInnen entlässt, wären Hagens Finanzprobleme gelöst.

Richtig ist: Hagen hat im Verhältnis zu anderen Städten mehr Personal. Die Personalkosten bilden den größten Kostenblock im Haushalt.

Richtig ist aber auch: Oft hinkt der Vergleich. Denn andere Städte haben Aufgaben, die in Hagen ganz oder teilweise städtisch erledigt werden, in private Rechtsformen ausgelagert. Die Kosten dafür erscheinen dann zwar nicht mehr im Personalhaushalt, schlagen aber bei den Sachkosten in ähnlicher Höhe zu Buche. Der gerne angeführte Vergleich mit der Stadt Hamm ist so ein Beispiel.

Richtig ist: Wenn eine Stadt so rasch Einwohner verliert wie Hagen, muss auch Infrastruktur verringert werden. Das kann am Personalbereich nicht vorbeigehen.

Richtig ist aber auch: Die Gleichung „Soviel die Einwohnerschaft schrumpft, muss auch die Verwaltung schrumpfen“ ist so pauschal falsch. Denn städtische Dienstleistungen sind nicht nur auf die Anzahl der BürgerInnen bezogen, wie z.B. bei der Ausstellung von Ausweisen oder der Schulverwaltung. Die Verwaltung hat auch Aufgaben, die sich z.B. auf das Stadtgebiet beziehen, das ja nicht schrumpft. Straßen- oder Kanalnetz

werden nicht dadurch weniger unterhaltungsintensiv, dass die Bevölkerung schrumpft.

Das bedeutet: Es muss geprüft werden, ob manche Aufgaben wegfallen oder weniger intensiv bearbeitet werden müssen. Welche das sind, ist zwischen den politischen Kräften in Hagen umstritten. Während CDU, SPD und FDP dabei z.B. gerne die Umweltverwaltung zerschlagen würden, die sich allerdings mittlerweile hauptsächlich mit pflichtigen Aufgaben beschäftigt, haben wir GRÜNE eher Bereiche im Auge, die bislang kaum von Kürzungen betroffen waren.

In anderen Sektoren, allen voran der Sozialverwaltung, sind in den vergangenen Jahren zu viele MitarbeiterInnen ausgeschieden. Es gibt Verwaltungsaufgaben, die gar nicht mehr oder nur noch unzureichend erledigt werden. Der Personalabbau von 18,7 % in allen Verwaltungsbereichen, den Oberbürgermeister Dehm zu Beginn seiner Amtszeit mit der Rasenmäher-Methode angeordnet hat, war aus unserer Sicht ein Fehler. Hier hat es Kahlschläge gegeben, die dazu führten, dass eigentlich in manchen Verwaltungseinheiten wieder mehr Menschen eingestellt werden müssten. Die Haushaltsrestriktionen und die Kontrolle durch die Bezirksregierung verhindern dies und zementieren den Mangel.

Wir sehen auch, dass die jahrelange Diskussion um Personalkürzungen und der tatsächlich stattfindende Stellenabbau gravierende Auswirkungen auf die MitarbeiterInnen hatten und haben: In einigen Bereichen ist es zu einer unzumutbaren Ar-

beitsverdichtung gekommen. Gleichzeitig haben sich insgesamt die Verunsicherung und der Druck erhöht, weil man damit rechnen muss, demnächst weggekürzt zu werden. Unter solchen Umständen macht Arbeit krank – erst Recht im Sozialbereich, wo städtische MitarbeiterInnen mit zunehmendem Elend konfrontiert werden.

Wichtig ist ein nachvollziehbares Personalentwicklungskonzept, wie es die GRÜNEN bereits in einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2009 gefordert haben. Wo Personalbedarf erkennbar ist, soll möglichst intern aus den vorhandenen VerwaltungsmitarbeiterInnen nachbesetzt werden. Dafür müssen wir diese Menschen vorausschauend qualifizieren.

Natürlich können weder Feuerwehrleute noch KindergärtnerInnen oder AmtsärztInnen aus dem vorhandenen Personal rekrutiert werden. Aber in vielen anderen Bereichen der Verwaltung lassen sich MitarbeiterInnen mit einer Verwaltungsausbildung leicht für neue Aufgaben weiterqualifizieren. Dazu gehört auch, dass die Stadt nicht auf Ausbildung verzichtet.

Für uns GRÜNE ist daher klar: Eine vorgegebene Kopffzahl von MitarbeiterInnen, die reduziert werden sollen, kann es für uns nicht geben. Betriebsbedingte Kündigungen sind für uns keine Option. Es muss wieder Sicherheit und klare Perspektiven für städtische MitarbeiterInnen geben.

### GRÜNE Vorschläge für die Verwaltungsmodernisierung

- Optimierung der Informations-/Kommunikationsmöglichkeiten für die Politik (z.B. Ratsinformationssystem, Ausbau virtuelles Rathaus)
- verbesserte Kommunikation im „Konzern Stadt“
- Stellenbesetzung nach Qualifikation und Erfahrung
- Frauenförderung als Querschnittsaufgabe, auch bei ausgegliederten Betrieben
- systematische Qualifizierung und Personalentwicklung



## Hagen und seine Beteiligungen

Die Stadt Hagen hat in den letzten Jahren zahlreiche kommunale Aufgaben in Eigenbetriebe oder privatrechtliche Gesellschaften ausgegliedert. Das Ziel war eine Verschlinkung der Verwaltung und eine wirtschaftlichere Betriebsführung. Durch die Auslagerung der bislang in kommunaler Regie erfüllten Aufgaben (z.B. Energie, Verkehr, Abfall, Abwasser, Tiefbau) in eigenständige Gesellschaften wurden jedoch bürgerrelevante Bereiche der direkten politischen Kontrolle entzogen. Entscheidungen dieser ausgelagerten Betriebe und deren Kostenkalkulationen sind für die Öffentlichkeit und jeden Gebührenzahler immer weniger transparent und nachvollziehbar. Durch die in den Satzungen dieser Gesellschaften normierte Struktur, Gestaltung und Besetzung der Entscheidungs-, Kontroll- und Aufsichtsgremien werden gewählte politische Vertreter systematisch ausgegrenzt. Das betrifft ganz besonders die VertreterInnen der kleinen Fraktionen. An die Stelle der durch die BürgerInnen legitimierten und der Gemeindeordnung verpflichteten Räte treten die lediglich von Kapitaleignern bestimmten, allein dem Gesellschaftsrecht verpflichteten Vorstände und Aufsichtsräte.

### Die Hagener GRÜNEN fordern:

- Ein mehrheitlich kommunaler Einfluss muss unter Einbeziehung aller Ratsfraktionen in den ausgelagerten Betrieben/Gesellschaften gesichert werden (z.B. durch Satzung, Kapitaleinlage, Vorsitz in Gesellschaftsgremien).
- Es muss ein standardisiertes Verfahren für die Besetzung von Vorstands- und Gesellschaftsgremien geben.
- Es muss eine unabhängige Prüf- und Revisionsinstanz mit zentralem Berichtswesen auf- und ausgebaut werden.
- Die mehrheitlich kommunal dominierten Betriebe müssen auf die ökologischen, sozialen und ökonomischen Standards der Kommune verpflichtet werden.
- Im „Konzern Stadt“ muss ein Kooperationsnetz zwischen den Unternehmen geschaffen werden (z.B. hinsichtlich Kommunikation, Energie, Wasser, Gebäudebewirtschaftung).

The screenshot displays the 'IV. Beteiligungsportfolio der Stadt Hagen' (Participation Portfolio of the City of Hagen). It features a grid of logos and brief descriptions for various municipal enterprises, including:

- Wasser:** Hagen Wasser, Hagen Wasserwerk, Hagen Wasserwerk II, Hagen Wasserwerk III, Hagen Wasserwerk IV, Hagen Wasserwerk V, Hagen Wasserwerk VI, Hagen Wasserwerk VII, Hagen Wasserwerk VIII, Hagen Wasserwerk IX, Hagen Wasserwerk X, Hagen Wasserwerk XI, Hagen Wasserwerk XII, Hagen Wasserwerk XIII, Hagen Wasserwerk XIV, Hagen Wasserwerk XV, Hagen Wasserwerk XVI, Hagen Wasserwerk XVII, Hagen Wasserwerk XVIII, Hagen Wasserwerk XIX, Hagen Wasserwerk XX.
- Abfall:** Hagen Abfall, Hagen Abfallwirtschaft, Hagen Abfallwirtschaft II, Hagen Abfallwirtschaft III, Hagen Abfallwirtschaft IV, Hagen Abfallwirtschaft V, Hagen Abfallwirtschaft VI, Hagen Abfallwirtschaft VII, Hagen Abfallwirtschaft VIII, Hagen Abfallwirtschaft IX, Hagen Abfallwirtschaft X, Hagen Abfallwirtschaft XI, Hagen Abfallwirtschaft XII, Hagen Abfallwirtschaft XIII, Hagen Abfallwirtschaft XIV, Hagen Abfallwirtschaft XV, Hagen Abfallwirtschaft XVI, Hagen Abfallwirtschaft XVII, Hagen Abfallwirtschaft XVIII, Hagen Abfallwirtschaft XIX, Hagen Abfallwirtschaft XX.
- Abwasser:** Hagen Abwasser, Hagen Abwasserwirtschaft, Hagen Abwasserwirtschaft II, Hagen Abwasserwirtschaft III, Hagen Abwasserwirtschaft IV, Hagen Abwasserwirtschaft V, Hagen Abwasserwirtschaft VI, Hagen Abwasserwirtschaft VII, Hagen Abwasserwirtschaft VIII, Hagen Abwasserwirtschaft IX, Hagen Abwasserwirtschaft X, Hagen Abwasserwirtschaft XI, Hagen Abwasserwirtschaft XII, Hagen Abwasserwirtschaft XIII, Hagen Abwasserwirtschaft XIV, Hagen Abwasserwirtschaft XV, Hagen Abwasserwirtschaft XVI, Hagen Abwasserwirtschaft XVII, Hagen Abwasserwirtschaft XVIII, Hagen Abwasserwirtschaft XIX, Hagen Abwasserwirtschaft XX.
- Tiefbau:** Hagen Tiefbau, Hagen Tiefbauwirtschaft, Hagen Tiefbauwirtschaft II, Hagen Tiefbauwirtschaft III, Hagen Tiefbauwirtschaft IV, Hagen Tiefbauwirtschaft V, Hagen Tiefbauwirtschaft VI, Hagen Tiefbauwirtschaft VII, Hagen Tiefbauwirtschaft VIII, Hagen Tiefbauwirtschaft IX, Hagen Tiefbauwirtschaft X, Hagen Tiefbauwirtschaft XI, Hagen Tiefbauwirtschaft XII, Hagen Tiefbauwirtschaft XIII, Hagen Tiefbauwirtschaft XIV, Hagen Tiefbauwirtschaft XV, Hagen Tiefbauwirtschaft XVI, Hagen Tiefbauwirtschaft XVII, Hagen Tiefbauwirtschaft XVIII, Hagen Tiefbauwirtschaft XIX, Hagen Tiefbauwirtschaft XX.
- Energie:** Hagen Energie, Hagen Energiewirtschaft, Hagen Energiewirtschaft II, Hagen Energiewirtschaft III, Hagen Energiewirtschaft IV, Hagen Energiewirtschaft V, Hagen Energiewirtschaft VI, Hagen Energiewirtschaft VII, Hagen Energiewirtschaft VIII, Hagen Energiewirtschaft IX, Hagen Energiewirtschaft X, Hagen Energiewirtschaft XI, Hagen Energiewirtschaft XII, Hagen Energiewirtschaft XIII, Hagen Energiewirtschaft XIV, Hagen Energiewirtschaft XV, Hagen Energiewirtschaft XVI, Hagen Energiewirtschaft XVII, Hagen Energiewirtschaft XVIII, Hagen Energiewirtschaft XIX, Hagen Energiewirtschaft XX.
- Verkehr:** Hagen Verkehr, Hagen Verkehrswirtschaft, Hagen Verkehrswirtschaft II, Hagen Verkehrswirtschaft III, Hagen Verkehrswirtschaft IV, Hagen Verkehrswirtschaft V, Hagen Verkehrswirtschaft VI, Hagen Verkehrswirtschaft VII, Hagen Verkehrswirtschaft VIII, Hagen Verkehrswirtschaft IX, Hagen Verkehrswirtschaft X, Hagen Verkehrswirtschaft XI, Hagen Verkehrswirtschaft XII, Hagen Verkehrswirtschaft XIII, Hagen Verkehrswirtschaft XIV, Hagen Verkehrswirtschaft XV, Hagen Verkehrswirtschaft XVI, Hagen Verkehrswirtschaft XVII, Hagen Verkehrswirtschaft XVIII, Hagen Verkehrswirtschaft XIX, Hagen Verkehrswirtschaft XX.

The page also includes a search bar and a navigation menu. The footer indicates 'Beteiligungsbericht | Beteiligungsportfolio der Stadt Hagen' and the page number '17'.

## Dauerkrise der Kommunalfinanzen

Die Dauerkrise der Kommunalfinanzen in NRW hat sich extrem verschärft. Trotz guter Konjunktur und insgesamt steigenden Steuereinnahmen schaffen nur noch wenige Städte und Gemeinden in NRW einen strukturellen Haushaltsausgleich.

Auch in Hagen reichen die gewöhnlichen Einnahmen seit Jahren nicht mehr aus, um die gewöhnlichen Ausgaben zu decken. Hagen ist deshalb hoch verschuldet und befindet sich dauerhaft in der Haushaltssicherung. Schuldenfreiheit ist nicht nur eine Frage von Haushaltsausgleich. Sie beeinflusst maßgeblich die Attraktivität und die Lebensqualität einer Stadt. Sie ist zudem eine Frage der Generationengerechtigkeit, ohne die eine Stadt keine Zukunft hat.

Die Stadt Hagen hat ihre Mindestrücklagen längst aufgebraucht und ist überschuldet. Wäre die Stadt ein privates Unternehmen, hätte sie längst Konkurs anmelden müssen. Die laufenden Geschäfte der Verwaltung können nur noch über hohe Kassenkredite (über 1,2 Mrd. €) aufrecht erhalten werden.

Der Rat der Stadt hat nach kontroversen Auseinandersetzungen in mehreren Konsolidierungsrunden seit 2004 kommunale Leistungen und Angebote zu Grabe getragen, vielfach gegen die Stimmen der GRÜNEN.

Trotz dieser schmerzhaften Einschnitte in das städtische Leben und trotz einer aktuellen Liquiditätshilfe durch den Stärkungspakt des Landes NRW ist es der Stadt Hagen nicht gelun-



gen, einen strukturellen Haushaltsausgleich zu erreichen. Das strukturelle Defizit der Stadt Hagen beträgt derzeit immer noch rund 65 Mio €. Mehr als die Hälfte dieses Betrages ist auf das mit den hohen Kassenkrediten einhergehende negative Finanzergebnis zurückzuführen.

## **Die Finanzkrise hat sich auch in Hagen verfestigt**

Kontinuierlich steigenden Ausgaben stehen tendenziell weniger stark steigende oder stagnierende Einnahmen der Kommunen gegenüber. Dabei geht die Schere zwischen Pleitestädten und jenen, denen es noch relativ gut geht, weiter auseinander. Die verarmten Kommunen leben von der Substanz. Öffentliche Infrastruktur vergammelt, Straßen und Liegenschaften werden nur notdürftig in Stand gehalten, Schulen und Spielplätze sind in einem beklagenswerten Zustand. Sanierungen, die der Werterhaltung der kommunalen Einrichtungen dienen, können ebenso wenig stattfinden wie rentierliche Investitionen, z.B. in energetische Optimierung oder soziale Infrastruktur.

Fatal: Gerade Nothaushaltskommunen wie Hagen, die wegen fehlender Eigenmittel auf Landes- oder Bundesförderprogramme angewiesen sind, um überhaupt Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, dürfen diese Förderprogramme des Bundes und des Landes wegen der bestehenden Restriktionen der Haushaltsicherung nicht nutzen, weil sie keine Eigenanteile einbringen dürfen, selbst wenn sie es könnten.

## **Städte sind unterfinanziert**

Die Ursachen der Finanzkrise sind vielfältig und überwiegend nicht hausgemacht. Städte und Gemeinden sind aufgrund der mangelnden Finanzausstattung durch Bund und Land grundsätzlich unterfinanziert. Zuweisungsschlüssel des Landes sind falsch bemessen, die Ausgleichsansätze nicht ausreichend, und es wird deutlich, dass die Finanzbasis der Kommunen mit ihren überwiegend stetigen Ausgaben nicht von einer derart wechselhaften Einnahmequelle wie der Gewerbesteuer abhängig sein darf.

Die Gesetzgebung des Bundes und der Länder hat den Städten zudem eine Vielzahl von zusätzlichen Lasten aufgebürdet, ohne die Städte mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Die Konsolidierungserträge der Kommunen werden wieder aufgefressen, weil Bund und Land das Konnexitätsprinzip nicht einhalten, das besagt: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Auch die neu eingeführten Schuldenbremsen bei Bund und Land stehen einer verbesserten Finanzausstattung der Kommunen entgegen.

Selbst notleidende Städte wie Hagen müssen sich nach wie vor am Solidarausgleich für den Ausbau der Infrastruktur in den neuen Bundesländer beteiligen, können jedoch selbst nicht auf solidarische kommunale Finanzhilfe „reicher“ Städte für den Erhalt ihrer eigenen maroden Infrastruktur hoffen. Die Klagen mehrerer Gemeinden gegen einen kommunalen Finanz-



ausgleich, der als „Abundanzumlage“ von den reichen an die armen Städte zu leisten wäre, zeigen dies deutlich.

Die Kommunen beklagen zudem erhebliche Steuerausfälle aufgrund der Steuerreformen und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre. Die neue Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass auch sie wenig unternimmt, um die Finanzsituation der Kommunen nachhaltig zu verbessern. Nötig wäre eine echte Reform der Gemeindefinanzierung, die den Kommunen die notwendigen Steuereinnahmen verschafft und sie von konjunkturellen Schwankungen unabhängiger macht.

Trotz derzeit rekordverdächtig niedrigem Zinsniveau belastet die extreme Verschuldung der Stadt Hagen den städtischen Haushalt durch hohe Zinslasten. Dieses Problem wird sich bei absehbar ansteigenden Zinsen erheblich verschärfen und für weitere Ausgabenzuwächse sorgen.

Ehemalige Industriestädte wie Hagen haben den wirtschaftlichen Strukturwandel, der mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und hoher struktureller Arbeitslosigkeit einherging, bislang nicht hinreichend bewältigt. Der demografische Wandel und der Einwohnerverlust führen bei den Städten zu Einnahmeverlusten und weiteren Steuerausfällen, da die Schlüsselzuweisungen des Landes und die Steueranteile an der Einkommensteuer von der

## Reform der Gemeinde- finanzierung

Einwohnerzahl und dem Einkommensniveau abhängig sind. Dabei wird die Hagerer Infrastruktur – Theater, Museen, Sport- und Freizeit-, ÖPNV-, Schul- und Bildungsangebote, Krankenhäuser und viele weitere Versorgungs- und Dienstleistungsangebote – nicht nur

von den Hagerern, sondern auch vom teilweise schuldenfreien Umland, den „reichen“ Städten wie

Breckerfeld, genutzt.

Auch wenn die Belastungen für Hagens Haushalt weitgehend von außen kommen – mit Hilfen von außen kann die Stadt kaum rechnen. Der Stärkungspakt, den die Landesregierung aufgelegt hat, ist unterdimensioniert und entgegen aller Vernunft und Erwartung der verschuldeten Städte befristet. Hinzu kommt eine mehrstufige Neuaufteilung im kommunalen Finanzausgleich des Landes NRW zu Lasten der Großstädte und zu Lasten des Ansatzes für soziale Transferleistungen, dem ohnehin größten Posten im Haushalt der Stadt Hagen.

Es ist schon zum Verzweifeln, wie gleichgültig Land und Bund über die finanzielle Situation der notleidenden Städte hinweggehen. Hier sind parteiübergreifend auch die Hagerer Landtags- und Bundestagsabgeordneten aufgefordert, für einen Solidarausgleich nach Bedarf und nicht nach Himmels-

richtung zu sorgen. Was Städte wie Hagen brauchen, ist eine nachhaltige Entschuldungshilfe, nicht Stärkungspakte, die sie über Fristen und Zwänge zu einer Selbstamputation nach der anderen zwingen.

## Lokale Ursachen

Die nahezu aussichtslose finanzielle Lage der Stadt Hagen hat auch „hausgemachte“ und lokale Ursachen.

Auf Jahre festgeschriebene fehlerhafte Organisationsstrukturen und -prozesse sowie personelle Fehlbesetzungen in der Verwaltung und den städtischen Tochterbetrieben haben zu ineffektivem und ineffizientem Verwaltungshandeln und Managementfehlern geführt. Vetternwirtschaft und Pöstchenschiberei haben die Verwaltung und die Beteiligungsgesellschaften nachhaltig geprägt. Nötig wäre zielgerichtete transparente Personalentwicklung und ein an Fachqualifikation ausgerichtetes Stellenbesetzungsverfahren.

In der Not abgeschlossene, missratene Finanz-, Zins-, Swap- und Kreditgeschäfte haben zu erheblichen außerordentlichen Finanzaufwendungen bei der Stadt Hagen und ihren Tochtergesellschaften geführt. Dauerhafte Haushaltsdefizite und Beteiligungsverluste haben die Kassenkredite ansteigen lassen. Diese belasten den städtischen Haushalt nunmehr durch hohe Zinszahlungen und Tilgungen.

Der unkoordinierte und unkontrollierte Wildwuchs einer Viel-

zahl von Ausgründungen städtischer Aufgaben in sich verselbstständigende Beteiligungsunternehmen hat ein kaum überschaubares und schlecht zu steuerndes Konglomerat von Unternehmen mit hohen Regie- und Strukturkosten hervorgebracht.

Die jahrelang vernachlässigte Infrastruktur der Stadt verlangt erhöhte Unterhaltungsaufwendungen und Reparaturleistungen. Erhebliche Mittel wären nötig, um den bestehenden Investitionsstau zu beheben. Für einen demografisch bedingten Rückbau der städtischen Infrastruktur sind nicht eingeplante Sondermittel notwendig.

## Was müssen wir tun?

All dies verlangt von uns GRÜNEN, dass wir uns aktiv um die zukünftige Konsolidierung und Gestaltung des städtischen Haushaltes bemühen und es nicht der Aufsicht und dem Land mit seinem gesetzlichen Beauftragten überlassen, wegen der hohen Schulden der Stadt alles „dichtzumachen“. Wenigstens in einigen Bereichen müssen wir die Gestaltungshoheit in Hagen behalten. Wir werden die schmerzhaften und problematischen Einschnitte in die städtische Daseinsvorsorge und die von der Verwaltung und der Aufsicht vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen auf ihre soziale, ökonomische und auch ökologische Verträglichkeit prüfen und ggf. verändern. Aber so, dass die von Bund und Land auferlegten Vorgaben für die Inanspruchnahme von Förder- oder Stärkungspaktmitteln erreicht werden und wir die Hilfsmittel erhalten können.

### **Was muss in Land und Bund passieren?**

Das grundsätzliche Verschuldungsproblem der Stadt Hagen ist wegen der vorhandenen Konstruktionsfehler der Gemeindefinanzierung und des Verschuldungsstandes der Stadt Hagen vor Ort nicht lösbar. Bund und Land sind aufgefordert, die Weichen für eine Entschuldung und eine auskömmliche Finanzierung der notleidenden Kommunen zu sorgen.

**Kurzfristig** ist eine Aufstockung und Entfristung der Stärkungspaktmittel zwingend notwendig, um die Kommunen von weiteren Kreditaufnahmen zu entlasten. Ebenfalls kurzfristig ist der solidarische kommunale Finanzausgleich zwischen „reichen“ und „armen“ Städten rechtssicher zu gestalten. Bund und Land sind zur strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips aufgefordert.

**Mittel- bis langfristig** ist eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen dringend geboten, um den drohenden Kollaps der Gemeinden zu vermeiden. Die Gemeinden sind mindestens ebenso systemrelevant wie Banken und Länder und deshalb ebenso durch den Bund und das Land zu unterstützen. Zumal Bund und Land aufgrund der Übertragung von kostenintensiven Aufgaben auf die Kommunen mitverantwortlich für die bestehende Finanznot der Kommunen sind.

Kommunen, die sich im „Speckgürtel“ von Großstädten befinden, müssen stärker an den Lasten der Infrastruktur der Großstädte beteiligt werden, da sie ebenfalls von Einrichtungen der

Daseinsvorsorge profitieren, die in den Großstädten vorgehalten werden.

Im kommunalen Haushaltsrecht muss die Sondersituation von Nothaushalts-Kommunen Berücksichtigung finden. Auch Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, müssen in der Lage sein, auf Förderprogramme des Bundes und des Landes zurückgreifen zu können. Die Vergabe der Fördermittel ist an die Bedürftigkeit zu koppeln. Neue Förderpakete zur Strukturhilfe und Stadtentwicklung für notleidende Städte sind aufzulegen.

Das Verschuldungsproblem der notleidenden Kommunen ist nur zu lösen, wenn Bund und Land ein entsprechendes nachhaltiges Entschuldungskonzept initiieren. Ein Hilfsfonds, der sich aus Mitteln der EU, des Bundes, des Landes und der Wirtschaft der Region speist, soll den Kommunen die Mittel zur Entschuldung bereitstellen.

### **Was müssen wir in Hagen erreichen?**

Auch wenn die Finanzkrise der Stadt Hagen nicht vor Ort zu lösen ist, ist die Stadt nicht davon befreit, ihren Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Finanzen zu leisten. Die Politik vor Ort ist gefordert, den Spagat zwischen Schuldenabbau einerseits und lebenswerter Stadt andererseits zu meistern. Es sind Lösungen gefragt, die der Stadt sowohl eine ökonomische und ökologische als auch eine soziale und kulturelle Entwicklungsperspektive bieten.

## Grüne Forderungen nach lokalen Maßnahmen zur Entspannung der Dauerkrise:

- Planung und Umsetzung einer grundlegenden Organisations- und Personalentwicklung in der Verwaltung
- Kontinuierliche Aufgabenkritik, systematische Prozessoptimierung,
- Optimierung der Querschnittsfunktionen in der Verwaltung (IT, Personal, Finanzen, Beratung)
- Aufbau und Pflege eines aussagefähigen Berichtswesens (Steuerungskennzahlen, Controlling)
- Konsolidierung und Optimierung der Beteiligungsstruktur,
- Verstärkte Bürgerbeteiligung: Förderung der Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft, Bürgern und Politik
- Qualifizierung der Gremienmitglieder
- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Vermeidung kontraproduktiver Steuererhöhungen (Grund- und Gewerbesteuer)
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- Bürgerfreundliche und konsequente Überwachung des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung
- Minimierung der Zinslasten und des Zinsrisikos durch Schuldenabbau
- Grundsätzliche Prüfung von Maßnahmen auf Risiken und soziale, ökologische und ökonomische Vertretbarkeit
- Gebäudesanierung, Wärmedämmung und Erschließung von Energie-sparpotenzialen an städtischen Gebäuden
- Entwicklung eines wirkungsorientierten Haushalts

Steuererhöhungen und weitere Belastungen der Bürger und der Wirtschaft sind nur als „letztes Mittel“ akzeptabel. Handlungsleitend für GRÜNE Finanzpolitik ist, dass nicht zu Lasten der Folgegenerationen Schulden aufgehäuft werden oder kopflos drauf los gekürzt wird, sondern verantwortlich mit dem Haushalt umgegangen wird. Nachhaltiges Haushalten steht im Mittelpunkt. Wir brauchen keine kurzfristigen Spareffekte, die sich in der Folge als unwirtschaftlich erweisen. Orientierung am Bedarf, Erhalt der Lebensqualität für die HagenerInnen und auch die Beteiligung der BürgerInnen an den Entscheidungen zum Haushalt bestimmen unser Handeln.

Mit den vom Land verlangten platten jährlichen Kürzungsritualen hat dies nichts gemein. Mit diesen Maßnahmen zementieren wir Hagens fortschreitenden Einwohnerschwund, indem wir das Leben in der Stadt unattraktiver, teurer und sozial wie kulturell ärmer machen. Wenn die Rahmenbedingungen und das Verständnis der Politik auf Bundes- und Landesebene so bleiben wie bisher, wird am Ende von dem Hagen, das wir kennen und lieben, nur noch ein Rumpf übrig bleiben. Das wollen und müssen wir verhindern!



**MEHR  
GRÜN FÜR  
HAGEN**

## Unser Team



**Barbara Richter**  
Listenplatz 1



**Jochen Riechel**  
Listenplatz 2



**Nicole Pfefferer**  
Listenplatz 3



**Hans-Georg Panzer**  
Listenplatz 4



**Ruth Sauerwein**  
Listenplatz 5



**Rainer Preuß**  
Listenplatz 6



**Esmer Öz**  
Listenplatz 7



**Jörg Fritzsche**  
Listenplatz 8



**Karin Köppen**  
Listenplatz 9



**Andreas Kroll**  
Listenplatz 10



## Am 25. Mai haben Sie die Wahl:

- ▶ Für den überparteilichen OB-Kandidaten Erik O. Schulz
- ▶ Für DIE GRÜNEN im Rat
- ▶ Für DIE GRÜNEN in den Bezirksvertretungen
- ▶ Für GRÜN in Europa

Hagen braucht Ihre Stimme  
für mehr GRÜN!

[www.gruene-hagen.de](http://www.gruene-hagen.de)

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

